

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
 Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Er erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
 Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger u. verantwortl. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Schöneberg
 Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schillerstraße 6
 Druck: Bornhörs Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S.W. 68

Inserentionspreis:
 die sechsgespaltene Zeile 40 Pfennig, für Mitglieder 30 Pfennig
 Schluss für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

Die Politik kraftbewusster Nüchternheit.

II.

Die nüchterne Ueberlegung, die weit entfernt ist von Kengstlichkeit und Kleinlicher Rechnungsträgerei, war auch ausschlaggebend bei der Entscheidung des Parteitagcs in der Steuerfrage. Auch das ist eine Materie, die ins wirtschaftliche Gebiet hinübergreift, also auch für die Gewerkschaften von Interesse ist. Nach dem ursprünglichen Plan sollte ganz allgemein die Stellung der Sozialdemokratie zur Steuerfrage behandelt und präzipiert werden. Da kam aber im Laufe der letzten Monate die Frage der Deckung der riesenhaften Heeresvermehrung, die von allen bürgerlichen Parteien genehmigt wurde, dazwischen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat es an der schärfsten Bekämpfung der Heeresvorlage nicht fehlen lassen. Als aber deren Annahme durch die große Mehrheit des Reichstages feststand, richtete die Fraktion ihre Taktik so ein, daß wenigstens die Kosten nicht wieder in erster Linie der Arbeiterklasse aufgebürdet wurden. Sie setzte damit die Annahme des Wehrbeitrags und der Vermögens- und Wachstumssteuer durch, die trotz mancher ihnen anhaftenden Mängel auf jeden Fall Besitzsteuern sind. Nun wurde von einer kleinen Gruppe in der Partei, darunter auch eine Minderheit der Fraktionsmitglieder, der Vorwurf erhoben, mit der Zustimmung zu diesen Besitzsteuern sei der Militarismus gestärkt und der alte Grundjah preisgegeben worden: diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Die Auseinandersetzungen, die daraus entstanden, beherrschten immer mehr die allgemeine Steuerdebatte. Auch auf dem Parteitag wurde schließlich fast nur noch darüber gestritten, ob die Fraktion mit der Zustimmung zu den Besitzsteuern recht gehandelt hatte. Die allgemeine Erörterung der steuerpolitischen Probleme trat in den Hintergrund. Das war kein Fehler. Denn bei der Aufstellung abstrakter Theorien verliert man sich leicht im Nebelhaften. Theoretische Fragen werden oft in eine ganz neue Beleuchtung gerückt, wenn man den Versuch ihrer praktischen Verwirklichung macht. Schließlich kommt es aber doch gerade auf die praktische Anwendung an. Theorien werden nicht um ihrer selbst willen aufgestellt, sondern sie sollen im gegebenen Falle ihre Nutzenwendung finden. Und dann muß sich zeigen, ob sie den Zwecken dienen, für die sie bestimmt sind.

Sozialistische Theorien können keinen anderen Zweck verfolgen als den, der Arbeiterklasse zu nützen. Wohin hätte es denn aber geführt, wenn die Theorien der Luxemburg-Gruppe in diesem Falle zur Anwendung gekommen wären? Hätte die Sozialdemokratie gegen die Besitzsteuern gestimmt, so hätte sie mit den konservativen Besitzsteuerfeinden gemeinsam die Vermögenswachstumssteuer zu Fall gebracht. Und selbst der Wehrbeitrag wäre gefährdet worden, weil bei einer ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie die innere Abneigung gegen das unbequeme „Sahrhundertopfer“, die in bürgerlichen Kreisen weit verbreitet ist, sofort zum Ausbruch gekommen wäre. Mindestens die Konservativen und ein großer Teil des Zentrums hätten den Wehrbeitrag mit der Sozialdemokratie abgelehnt. In der Wählerchaft hätte man aber nicht so sehr die reaktionären Parteien, von denen nichts anderes zu erwarten ist, als vielmehr die Sozialdemokratie für das Scheitern der Besitzsteuern verantwortlich gemacht. Man hätte der Sozialdemokratie vorgehalten, daß sie seit Jahrzehnten die Befreiung der Militärausgaben durch Besitzsteuern fordern und nun, wo sie Gelegenheit hatte, den ersten Schritt zur Verwirklichung dieser Forderung zu tun, verjagt habe. Die Liberalen hätten sich bei dieser Situation ins Häuschen laden können. Sie hätten sich durch Zustimmung zu den Besitzsteuern als die zuverlässigen Freunde der minderbemittelten Volksschichten aufspielen, die Schuld für das Scheitern der Wehrbelastung der Sozialdemokratie aufbürden und mit den übrigen bürgerlichen Parteien hinterdrein die breiten Massen belasten können, ohne dafür bei den Wahlen gestraft zu werden. Wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihren Gegnern dieses Spiel verdarb, wenn sie mit ihrem Stimmengewicht

den Besitzsteuern zur Annahme verhalf, so hat sie in gleicher Weise die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft und ihre eigenen politisch-agitatorischen Interessen als Partei gewahrt. Und sie ist dabei um keines Haars Breite von der prinzipiellen Gegnerschaft gegen den Rüstungsabertwisch abgewichen. Die Heeresvermehrung war ja gegen ihren Willen genehmigt, als die Entscheidung über die Deckungsvorlagen zu fällen war. Es handelte sich nicht mehr darum, ob dem deutschen Volke die ungeheure Mehrlast aufgebürdet, sondern wie sie verteilt werden sollte. Die Folge der Vereitelung der Besitzsteuern durch die Sozialdemokratie wäre, wie ein Parteitagredner richtig erklärte, gewesen: die bürgerlichen Parteien hätten gegen den Willen der Sozialdemokratie die Heeresvorlage bewilligt und die Arbeiter hätten durch die Schuld der Sozialdemokratie die Kosten tragen müssen. Die Unmöglichkeit einer solchen Taktik wurde von den Referenten Wurm und Dr. Südekum mit aller wünschenswerten Schärfe nachgewiesen. Die Gegner der Fraktionspolitik — selbstamerweise fast nur Fraktionsmitglieder — vermochten dagegen keine irgendwie stichhaltigen Einwendungen zu erheben. Mit erdrückender Mehrheit hat der Parteitag die Haltung der Fraktionsmehrheit gebilligt und so zum Ausdruck gebracht, daß er das Gewicht der 44 Millionen Wählerstimmen und der 110 Mandate kraftvoll für die Wahrung der Gegenwartsinteressen der Arbeiterklasse geltend gemacht wissen will.

Darüber hinaus hat der Parteitag mit 336 gegen 140 Stimmen einer Resolution Wurm zugestimmt, deren allgemeine Richtlinien der sozialdemokratischen Parlamentsvertretung auch künftig die Möglichkeit geben, den Einfluß der Arbeiterklasse zu ihrem eigenen Vorteil voll auszunützen. Die Resolution fordert Ablehnung aller Steuern durch die sozialdemokratischen Vertreter, falls der Verwendungszweck den Interessen der Arbeiterklasse widerspricht, es sei denn, daß die Ablehnung der Steuern die Annahme der bekämpften Vorlage nicht hindert und eine für die Arbeiterklasse ungünstigere Besteuerung zur Folge haben würde. Demgemäß sollen die Vertreter der Partei nach Kräften verhindern, daß neue indirekte Steuern auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden, und wenn dies nur durch Zustimmung zu direkten Steuern zu erreichen ist, haben sie dafür zu stimmen.

Das alles sollte eigentlich vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus als selbstverständlich erscheinen. Tatsächlich haben die Arbeitervertreter im Reichstage auch schon seit Jahrzehnten im Sinne dieser Resolution gehandelt. Das hat kein Geringerer festgestellt als August Bebel, der am letzten Tag seines Lebens einen Brief an Massensührer richtete, worin er eine Zusammenstellung der Reden und Anträge der Partei im Reichstage über Steuerfragen wünschte, um so den Nachweis zu führen, daß die Zustimmung der Fraktion zu den Besitzsteuern nur die konsequente Fortsetzung ihrer alten Taktik bildet. Trotzdem war von der hyperradikalen Parteigruppe, wie Bebel sie nannte, eine Gegenresolution beantragt worden, die in ihren Sätzen es so darstellt, als ob es der Arbeiterklasse ganz gleichgültig sein könne, ob direkte oder indirekte Steuern erhoben werden, denn letzten Endes würden doch alle Lasten auf den Arbeiter abgewälzt.

Die Vertreter der Partei sollen daher alle Steuervorlagen, die zur Deckung von Militärausgaben dienen, ablehnen. Nichtsdestoweniger sollen sie aber für Ersetzung bestehender indirekter durch direkte Steuern eintreten! Der Widerspruch ist mit Händen zu greifen. Die Partei soll also erst mitwirken an der Verwerfung direkter Steuern, an deren Stelle die bürgerlichen Parteien dann indirekte setzen, und wenn diese in Kraft sind, soll die Partei wieder auf ihre Ersetzung durch direkte Steuern hinwirken. Wer so handeln wollte, würde unmöglich ernst genommen werden können. Die Partei hat sich auf einen solchen radikalen Ansturm erfreulicherweise nicht eingelassen, sondern diese von Geyer und Rosa Luxemburg beantragte Resolution verworfen.

Erheblich näher noch als die bisher erörterten Streitfragen liegt unserem gewerkschaftlichen Tätigkeitsfelde die Frage der Arbeitslosenfür-

sorge, über die Reichstagsabgeordneter Arbeitersekretär Limm-München ein großzügiges Referat erstattete. Ueber den Stand der Arbeitslosenversicherung in Deutschland und im Auslande ist erst vor Kurzem an dieser Stelle eingehend gesprochen worden. Da der Referent und der gesamte Parteitag sich auf den auch von uns vertretenen Standpunkt stellten, daß die zu fordernde reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung sich an die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften anzulehnen hat, können wir auf eine ausführliche Besprechung dieses Beratungsgegenstandes verzichten. Limm gab eine Darstellung des Umfangs und der verheerenden Wirkungen des Arbeitsloseneleues, das im kommenden Winter sich noch fürchterlich vermehren wird, er zeigte, was die Gewerkschaften bisher geleistet haben, stellte dem die Untätigkeit des Reichs und der Einzelstaaten gegenüber, kennzeichnete das unzuverlässige, heuchlerische Verhalten der bürgerlichen Parteien, besonders des Zentrums, und rief die gesamte deutsche Arbeiterschaft zur Anspannung aller Kräfte auf, um das große Kulturwerk einer menschenwürdigen Arbeitslosenversicherung den herrschenden Gewalten abzurufen. Trotz der Einmütigkeit, die in dieser Frage herrschte, nahmen eine Reihe Redner aus allen Teilen des Reichs das Wort, um Detailbilder der Zustände in einzelnen Branchen oder einzelnen Bundesstaaten und Gemeinden zu entwerfen. Aus allen Reden sprach der unerjchütterliche Wille, mit Hochdruck für die Arbeitslosenfürsorge zu kämpfen. Dieser Wille findet auch in der einmütig zum Beschluß erhobenen Resolution unzweideutigen Ausdruck. Sie fordert zunächst zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit vom Reich, den Einzelstaaten und Gemeinden sofortige Ausführung noch unerledigter Arbeitsaufträge und planmäßige Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu tarifmäßigen Sätzen. Ferner soll durch eine entsprechende Erweiterung der Sozialgesetzgebung den schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit tatkräftig entgegengearbeitet werden. Durch Reichsgesetz sollen die Gemeinden und die Bundesstaaten zur Leistung von Zuschüssen zu den gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen verpflichtet werden. Von den Organisationen, den gewerkschaftlichen wie den politischen, wird erwartet, daß sie durch Massenversammlungen den Kampf ihrer Vertreter in den Gemeinden und Parlamenten nachdrücklich unterstützen. Im Reichstage dürfte die Frage sofort nach dem Wiederzusammentritt Ende November zur Beratung kommen. Gelingt es nicht, den sozialdemokratischen Initiativantrag betr. der Arbeitslosenversicherung, der schon seit fast zwei Jahren vorliegt, sofort in Verhandlung zu nehmen, so sieht der Weg der Interpellation offen, der die Möglichkeit einer unmittelbar anschließenden Antragsstellung bietet über die Frage, ob der Reichstag die Haltung der Regierung billigt oder nicht.

Verdrieht uns das Ergebnis des Parteitags in bezug auf diese großen Beratungsgegenstände in vollem Maße, so können wir auch unter Einverständnis mit der Erledigung der kleineren Fragen aussprechen. Die Debatte über den Vorstandsbericht zeitigte zahlreiche Anregungen und Wünsche, die ein rascheres Vorwärtsschreiten der gesamten Bewegung zum Ziel haben. Man sprach über die Frauen-, die Jugendorganisation, über den Ausbau der Presse und manches andere. Die schweren Anlagen aber, die in einigen Parteiblättern vor dem Parteitag gegen den Parteivorstand gerichtet wurden, der es verschuldet haben sollte, daß nur ein Mitgliedergewin von 12 000 im letzten Geschäftsjahr zu verzeichnen war, blieben auf dem Parteitag aus. Zustimmung wurde dem Vorstand Decharge erteilt und nahezu einstimmig wurden alle Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Desgleichen war der Reichstagsfraktion nicht nur wegen der Zustimmung zu den Besitzsteuern, sondern auch ionstiger angeleglicher Verbindungen halber eine scharfe Abrechnung in Aussicht gestellt worden. Auch davon merkte man nicht viel. Gerade die „radikalsten“ Mitglieder der Reichstagsfraktion sahen sich zur Zurückweisung einiger kritischer Bemerkungen der Diskussionsredner veranlaßt.

Zur Majorität lagen zahlreiche Anträge vor, die sich mit der Frage der Abführung des Tagesver-

Dienstag vom 1. Mai seitens der Angehörigen der Arbeiterorganisationen befohlen. Annahme fand ein Antrag des Parteivorstandes, wonach erwartet wird, daß die in den Bureaus und Redaktionen der Partei und Gewerkschaften angestellten Parteigenossen ihren Tagesverdienst am 1. Mai an den Parteifonds abliefern. Damit ist der Preis derer, auf die sich der Nürnberger Beschluß von 1908 bezog, erheblich eingeschränkt. Solange die Mitarbeiter in der bisherigen Form bestehen bleibt, wird der nun gefasste Beschluß zu respektieren sein. Aber es hätte nichts geschadet, wenn der weitere vorliegende Antrag eine ernsthafte Prüfung erfahren hätte, beim nächsten Internationalen Kongress die Aufhebung der Arbeitsruhe am 1. Mai zu beantragen. Mit vollem Recht führte Große-Hamburg aus, daß die Arbeiterschaft alles, was sie bewegt, auch ohne Arbeitsruhe würdig zum Ausdruck bringen kann. Und alle bisherigen Erfahrungen sprechen nicht für die Beibehaltung der Arbeitsruhe. Der Antrag wurde diesmal noch abgelehnt, er wird aber künftig wohl wiederkehren.

Die übrigen Verhandlungsgegenstände, wie Ausmaß- und sonstige Beschränkungen, der endlose Fall Radet, die Auflösung der besonderen Parteiorganisation der polnischen Sozialdemokraten in Oberösterreich interessieren uns hier nicht. Hervorgehoben zu werden verdient nur noch die Ergänzungswahl des Parteivorstandes. An Stelle August Bebel's wurde neben Gode Fris Ebert zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Bisher Sekretär im Parteivorstand hat Ebert sich als tüchtige Arbeitskraft bewährt und während des abgelaufenen Parteitages ein hervorragendes Gesicht als Präsident bewiesen. Er wird natürlich Bebel nicht ersetzen können, aber dafür wird er sorgen, daß die Richtung beibehalten wird, die Bebel der politischen Tätigkeit der deutschen Arbeiterklasse gemessen hat. Mit frohbewundeter Mühsamkeit wird sich auch weiterhin die Arbeiterklasse dem Weg bahnen, der zu ihrer Befreiung von wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Unterdrückung führt.

Zur gegenwärtigen Wirtschaftslage und die Brauereien

hat der „Berliner Börsen-Courier“ eine Umfrage veranstaltet und sind ihm verschiedentlich Antworten zugegangen. Die betreffenden Ausführungen lauten unter anderem:

Die Brauereien, die ihren Absatz hauptsächlich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben, konstatieren, daß die Konjunktur der Arbeiterklassen bisher nicht nachgelassen habe. So teilt die Dortmunder Aktienbrauerei mit, daß sie bei steigendem Absatz mit dem Geschäftsgange zufrieden ist. Die Siedelbrauerei in Bochum bemerkt folgendes: „Wir haben von einer Einwirkung der gewerblichen Beschäftigung und der Verteuerung wichtiger Lebensmittel in unserem Geschäftsgange noch nichts gemerkt. Wir konnten auch in diesem Betriebsjahre am Ende eines jeden Monats einen Mehrertrag verzeichnen. Nur im Monat Juli wird es einen Minderetrag ergeben, den wir aber in erster Linie auf das ganz schlechte Sommerwetter zurückführen.“

Den mehr als diese Brauereien vermissen offenbar die Berliner Brauereien die Folgen des wirtschaftlichen Rückganges. So schreibt eine Berliner Weibierbrauerei: „Der Rückgang der gewerblichen Beschäftigung und die Verteuerung wichtiger Lebensmittel macht sich recht unangenehm bei den Berliner Weibierbrauereien bemerkbar. Der Bierabsatz ist namentlich infolge der Störung im Baugewerbe und der diesem verwandten Branchen erheblich zurückgegangen. Eine weitere Folge der ungünstigen Erwerbsverhältnisse der gewerblichen Arbeiter ist die Schließung einer großen Zahl von kleinen Gewerbetrieben, in denen das Weibier zum Ausbrennen gelangt. Berücksichtigt man ferner, daß die kühle Witterung des gegenwärtigen Sommers auf den Konsum des namentlich bei heissem Wetter so beliebten Getränks einen ungünstigen Einfluß ausübt, so ist anzunehmen, daß die Weibierindustrie, die sich seit der Konjunktur von 1909 die ihr schwere Zeiten anbahnte, nicht wieder erholen konnte, auch jetzt unter schwierigen Verhältnissen arbeitet. Die Stilllegung aber auch früher gut rentabler Betriebe dieser Branche liefert hierfür den besten Beweis.“

Eine der Berliner Großbrauereien teilt folgendes mit: „Unter Absatz hat eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren, die noch höher wäre, wenn die Unruhe der Witterung nicht hemmend darauf gewirkt hätte. Besonders nachteilig für den Geschäftsgang unseres Gewerbes wirkt der Rückgang der gewerblichen Beschäftigung nicht, wenn auch die Verteuerung wichtiger Lebensmittel die Kaufkraft und Kaufkraft der gerade für den Bierabsatz in Betracht kommenden Bevölkerung auf ein unter Produkt naturgemäß ist.“

Der Lage der Münchener Brauindustrie nähern sich die „Münchener Neuesten Nachrichten“ folgendermaßen:

Nachdem in den nächsten zwei Monaten das Geschäftsjahr bei den Münchener Brauereien seinen Abschluß findet, läßt sich heute schon ein Überblick über den bisher zurückgelegten Weg und über die vorläufige Ergebnisse des laufenden Betriebsjahres gewinnen.

Nicht nur die Münchener Brauindustrie, sondern die Brauindustrie ganz Deutschlands hatte in diesem Jahre 1912/13 mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, als deren hervorsteckendste Merkmale die ungünstige letzte Gerstenernte und der stagnierende Geschäftsgang zu bezeichnen sind. Es ist bekannt, daß die Gerstenernte im Jahre 1912 durch den anhaltenden Regen schwer zu leiden hatte. Die großen Hoffnungen, die man auf die vorjährige Ernte gesetzt hatte, waren durch die langandauernde Regenperiode gerade zur Zeit der Einbringung zum großen Teil zunichte geworden, und wenn auch die Quantität reichlich war, so ließ doch die Qualität sehr viel zu wünschen übrig. Es begann daher von Anfang an, da die Brauereien über keine sehr namhaften Gerstenvorräte am Jahresabschluß verfügten, ein Suchen nach Gersten aus regenfreien Gegenden, und die Preise solcher Gersten stiegen weit über die normale Höhengrenze hinaus. Die Unerwartbarkeit dieser Preise zwang dann die Brauereien, sich auch den billigeren, weniger reifen Gersten zuzuwenden, und damit begann der Leidensweg der Malzproduktion dieses nun halb zu Ende gehenden Geschäftsjahres. Der hohe Wasser- und Energiegehalt der Gerste ließ eine rationelle Verarbeitung wie in dem so qualitätsreichen Gerstenjahre 1911 nicht zu. Um aber trotzdem die Qualität ihrer Biere hochzuhalten, begannen die Münchener Brauereien mit verdoppeltem Eifer den Ausbau und die intensive Ausnutzung aller technischen Errungenschaften, die als Gegengewicht gegen die widrigen Umstände wirken sollten. Namentlich machte sich dabei auch noch der Umstand fühlbar, daß bei einer Gerste mit geringem Ertrag die Wirkung der Neugeistaltung des Malzschälapparates weit stärker in die Erscheinung tritt als bei einer trockenen und ergiebigen Gerste.

In dieser Situation kam nun nach den abnorm hohen Sortenpreisen des Vorjahres ein billiges Sortenjahr zu Silke. Der 1912er Sorten mit den Prädikaten „billig und gut“ schaffte den Brauereien einen, wenn auch nicht vollkommenen, so doch erheblichen Ausgleich gegenüber der Minderertragsigkeit der 1912er Gerste, die eben stets doch das Hauptmaterial bildet.

Der Bierabsatz hat sich so ziemlich auf der Höhe gehalten; vereinzelte Rückschläge sind von keinem größeren Belang, aber dem Geschäft fehlt im allgemeinen Leben und Spannung. Wir haben in München aus den bekannten Gründen zurzeit keine lebhaftere Bausituation; darunter leidet dann eine ganze Reihe von Gewerben und auch im Gefolge damit der Verdienst und Konsum. Auch im Exportgeschäft fehlt es an Anregung; die ungünstigen Zeit- und Geldverhältnisse machen sich hier bemerkbar, und die politische Lage hält das ganze Geschäftsleben unter Druck. Nach Auslösung dieses Druckes darf auf eine Zunahme des Exportgeschäftes wohl mit Recht gerechnet werden. Ein abschließendes Urteil über den Bierabsatz läßt sich natürlich erst nach Umlauf der für den Konsum mit am meisten in Betracht kommenden Monate Juli, August und September fällen. Augenblicklich hat es den Anschein, als ob auch in diesem Jahre, gleich wie im vorigen, das warme und kalte Wetter der Sommermonate den Bierabsatz nicht unerheblich beeinträchtigen könnte. Es muß aber dabei immer wieder darauf hingewiesen werden, daß von viel größerem Einfluß auf den Absatz der Brauereien als Günstig oder Ungünstig des Wetters die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung ist, die jetzt in Zeiten der absteigenden Konjunktur besonders fühlbar wird.

Auf das Resultat des laufenden Geschäftsjahres dürfte dann auch noch der am 1. Januar 1913 nach langwierigen Verhandlungen in Kraft getretene neue Tarifvertrag mit den Brauereiarbeitern seine Wirkung ausüben, der den Brauereien nicht unerhebliche Mehrerträge anverleiht. Dazu kommt dann noch, daß in dem laufenden Jahre zum erstenmal die neue hayerische Steuererleichterung voll zur Geltung kommt und zu einer ansehnlichen Steigerung der Umsätze bei den meisten Brauereien beitragen dürfte.

Unter Anwendung all des hier Gesagten auf die Münchener Brauindustrie kann von einer günstigen, steigenden Konjunktur nicht gesprochen werden; es liegt aber auch zu einer Beurteilung kein Grund vor. Die Mehrzahl der Münchener Brauereien ist seit Jahren in ihrer Bilanzierung so vorsichtig gewesen, sie hat in guten Jahren so weit Reserven angesammelt, daß sie auch einmal ein weniger günstiges Jahr ohne Sorgen für die Aktionäre überleben kann. Man kann für das Jahr 1912/13 in Anpassung an die bestehenden Verhältnisse keine besseren Bilanzen verlangen und die Aktionäre werden sich im besten Falle mit der Ansammlung der bisherigen Dividenden zufrieden geben müssen. Wenn sich die derzeitigen günstigen Ertragsaussichten verwirklichen, dann kann man mit größeren Hoffnungen dem noch in der Zukunft liegenden neuen Jahre 1913/14 entgegensehen.

Ueber die Rentabilität der Brauereien im Jahre 1912 wird berichtet, daß diese im Geschäftsjahr 1912 nicht ganz so günstig abgefallen wie im vorangegangenen Jahre, das allerdings durch das heiße Wetter ungewöhnlich begünstigt war. Bisher haben 132 Aktienbrauereien ihre Bilanzen veranschaulicht. Das gesamte Aktienkapital wurde im letzten Jahre von 139,76 auf 140,77 Millionen Mark erhöht.

Die Summe der verteilten Dividende ist von 6,56 auf 5,79 Millionen Mark zurückgegangen. Die Durchschnittsdividende weist demnach eine Senkung von 4,7 auf 4,2 Proz. auf. Der Reingewinn ist bei 141 Gesellschaften von 10,58 auf 8,67 Millionen Mark gesunken. — Speziell im niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet ist die Durchschnittsdividende eher gestiegen als gefallen.

Nimmer mehr suchen sich die größeren Brauereibetriebe zu vereinigen. Die normals Gebr. Lederer und der Freiherrlich von Lucherischen Brauerei N.-O., Nürnberg, wollen sich verschmelzen. Die Lederer-Brauerei würde dann von der Lucherischen Brauerei übernommen werden. Die Lederer-Brauerei hat ein Aktienkapital von 3/4 Millionen Mark. Das Aktienkapital der Lucherischen Brauerei beträgt 4,7 Millionen Mark. Ferner soll die Freisinger Aktienbrauerei in den Besitz des Freisinger Hofbrauhauses übergehen. Der Betrieb der Aktienbrauerei soll aufgelassen werden.

Es liegen die Jahresabschlüsse der bekannten englischen Brauereien Daß, Matdoff and Gretton, Mitchell and Butlers und Arthur Guinness, Son and Co. für das Geschäftsjahr 1912/13 jetzt vor. Bei allen dreien wird das Dividendeniveau des Vorjahres aufrecht erhalten. Die Daß-Brauerei erhöht sogar ihre Dividende von 8 auf 10 Proz. Trotz höherer Materialpreise erzielte sie eine Zunahme des Reingewinns von 344 327 auf 344 804 Pfund Sterling, und ist dabei in der Lage, ihren Reserven 63 078 Pfund Sterling gegen 50 000 Pfund Sterling im Vorjahre zuzuführen. Auch die Brauerei Mitchell and Butlers weist einen gesteigerten Gewinn, nämlich von 223 412 Pfund Sterling (218 612) auf; sie zahlt wieder 15 Proz. Dividende bei gleichen Reserverestellungen wie im Vorjahre (60 000 Pfund Sterling). Das Ergebnis der Brauerei Arthur Guinness, die mit einem Aktienkapital von 7 Millionen Sterling (also zirka 140 Millionen Mark) arbeitet, bleibt hinter dem vorjährigen zurück. Der Reingewinn beträgt nämlich 1 125 202 Pfund Sterling (1 267 444), aus dem wieder eine Dividende von 16 1/2 Proz. gezahlt wird. Vergleichsweise sei bemerkt, daß der Gewinn annähernd zehnmal so groß ist, als der, den die größte deutsche Brauerei, die Schalkenheidebrauerei, die mit 14 Millionen Aktienkapital arbeitet, im letzten Jahre ausgewiesen hatten. Den Reserven der Arthur-Guinness-Brauerei werden diesmal nur 100 000 Pfund Sterling gegen 200 000 Pfund Sterling im Vorjahre zugeführt. Der Reserverfonds erreicht aber dadurch immerhin die respektable Höhe von 1 460 000 Pfund Sterling.

Die Witterung ist in diesem Sommer den Brauereien nicht besonders hold gewesen. Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und der Holzindustrie, die Verteuerung der Lebensmittel übt gleichfalls eine Rückwirkung auf den Bierkonsum aus. Trotz alledem berichten eine Anzahl Handelskammern, daß der Bierabsatz 1912/13 zufriedenstellend gewesen sei. Ein abschließendes Ergebnis liegt noch nicht vor. Die Witterung im September dürfte aber immerhin noch die Geschäftsergebnisse beeinflussen.

Die Ernteberichte über Gerste lauten nicht nur bei uns, sondern auch von Desterreich, Ungarn, Böhmen, den Donauländern usw. gleich günstig. Ueberall gute Ernten, sowohl in Qualität als auch in Quantität.

So viel steht fest, daß die Gerstenernte keine hohen werden; Malzborrate sind genügend vorhanden. Von Hopfen wurde statistisch nachgewiesen, daß noch über 180 000 Zentner alte Bestände vorhanden sind; diese entsprechen einem Bedarf der deutschen Brauereien für neun Monate, demnach können die Hopfenpreise auch keine hohen werden!

Der Hafer spielt in den Brauereien als Futtermittel eine große Rolle. Die Haferernte hat aber Aussicht, eine vorzügliche zu werden, sowohl Körner als wie auch Stroh geben einen günstigen Ertrag, so daß auch bei Hafer angenommen werden kann, daß er zu mäßigen Preisen dieses Jahr zu ernten ist.

Die anderen Futtermittel, als Heu usw., lieferten ebenfalls eine reichliche Ernte und lassen auf mäßige Preise schließen.

Wenn in allem kann gesagt werden, daß die Brauereien die Ablehnung etwaiger Forderungen um Lohnhöhung mit der Verteuerung der Rohmaterialien nicht begründen können. Die Schwägungen der auszuwärtenden Dividenden bei den Aktienunternehmen lauten so wie im Vorjahre, ja zum Teil sogar höher. Die Hamburger, Dortmunder, Dresdener und die großen Berliner Brauereien können neben ihren hohen Dividenden wieder ganz erhebliche Summen zurücklegen.

Ein Kulturdokument aus dem „christlichen“ Gewerkschaftsjumpf.

Eine jüdische Sache nimmt selten ein gutes Ende. Und eine grundsätzliche Sache ist die „christliche“ Gewerkschaftsbewegung, gegründet und protegiert von der kapitalistischen Dreieinigkeits-Unternehmer, Kirche und Staat zur Bekämpfung und Niederdrückung der organisierten Arbeiterschaft. Unternehmer, Staat und Kirche haben ein Interesse daran, die Arbeiterschaft in dauernder Knechtschaft zu halten, aber vor der Öffentlichkeit möchten sie doch als Freunde der Arbeiter gelten, möchten auch im Stampe gegen die aufstrebende Arbeiterschaft, den Schein des Rechtes wahren, und um das zu können, haben sie Arbeiter gegen Arbeiter

organisiert nach dem bekannten Grundsatz: Teile und herrsche! In keinem anderen Stande finden sich so traue- rige Charaktere, die ihre eigenen Standesgenossen gegen- einander organisieren und auspielen, wie unter der Ar- beiterchaft, und es ist klar, daß es auch hier ganz eigen- artige Charaktere sind, die sich als „Führer“ dazu hergeben, Arbeitsbrüder gegen Arbeitsbrüder auszuspielen! Für eine solche Sache ohne Zweck und ohne Grundzüge, die sich in allem gegen die aufstrebende Arbeiterchaft richtet, dem Ver- rat an der eigenen Berufsklasse dient, finden sich auch meistens nur Leute mit den Charaktereigenschaften eines Judas und deren gibt es im „christlichen“ Gewerkschafts- lager eine Menge. Es ist klar, sogar selbstverständlich, daß solche Leute weniger für ihre Sache als vielmehr für ihre werke, unschätzbare und unerschöpfliche Person eintreten, Eitelkeit, Aufgeblasenheit, Eohheit, gepaart mit Arroganz, Nechtheit und Verlogenheit, sind die Charaktereigen- schaften der meisten „christlichen“ Gewerkschaftsführer, die sie nicht allein zum Streikführen und Schüren des Unver- trauens mit den anderen Organisationen „predigen“, sondern auch zum ständigen Streit und Haß untereinander. Bisher ist es meistens gelungen, diese Streitigkeiten mit dem Mantel der M.-Gladbacher „Christlichen“ zuzudecken, aber dem Eingeweihten ist längst bekannt, daß es furchter- lich faul ist im Staate M.-Gladbach. Uns allen ist bekannt, daß die Effert-Yanbush-Murray-Claque, als sie den Selbst- herrscher August Brust durch Palastrevolution stürzten, Brust ein Schweigegehalt aussetzten, und Brust hat bis jetzt geschwiegen. Die Minen, die er damals drohte springen zu lassen, liegen noch; aber ob sie nicht doch einmal in die Luft fliegen und das Ruhrgebiet bersteinen werden? Bis jetzt sind es einige „Abgefallene“, die aus der „christlichen“ Schule geplaudert und von denen wir Dinge erfahren haben, daß man sich mit Abscheu von ihnen abwendet und sich freut, daß wir Willen doch immer noch bessere Menschen sind.

Gegen Matthias Schiffer,

Reichstagsabgeordneter für Neudlinghausen, Vorsitzender des „christlichen“ Textilarbeiterverbandes und Vorsitzender des „christlichen“ Gesamtverbandes, richtet sich eine Drohschreibe, geschrieben von dem früheren Redakteur der „christlichen“ Textilarbeiter-Zeitung und Schriftführer im Zentralvor- stand des „christlichen“ Textilarbeiterverbandes, Wilhelm Köhling, in der uns Herr Schiffer in einem Brief gezeigt wird, daß er für die Dessenhaftigkeit erledigt wäre, wenn er nicht zu den — M.-Gladbachern gehörte! Wir können im Augenblick nicht prüfen, wie weit die Angaben des Herrn Köhling auf Wahrheit beruhen, das wird an Gerichtsstelle ge- sehen müssen, da Herr Schiffer wohl gezwungen sein wird, das Gericht anzurufen. Sollte er dabei nicht mehr Glück haben, als gegen die Neudlinghauser Bauern, die ihm seinerzeit vorgeworfen hatten, daß er ohne Rücksicht auf den Reichstagsabgeordneten geworden sei, dürfte seines Bleibens kaum noch in „Christenlager“ sein, obgleich man dort manches „erträgt“. Schiffer wird uns als Selbstherrscher ge- schildert, der sich um Vorstandsbeschlüsse nicht kümmert, seine Mitkollegen als seine Dienstboten behandelt, genau so, wie uns Brust geschildert wurde. Seinen „Gehilfenstreifer“ redet er mit „Du, Peter“ an, hier ist er mit „Sie, Herr Schiffer“. Wer erinnert sich da nicht an die Worte der Tochter von Faust, die Kraft ihrer „Abkammerung“ den Ge- werksverein in Abwesenheit Brusts regierte: „Bartet nur, wenn Papa kommt!“

Der Kaplan als Korrektor.

Köhling, der lange Jahre Schriftführer und Redakteur im „christlichen“ Textilarbeiterverband war, ist ein Eingeweihter, und macht seine Schrift nicht allein den Eindruck der Glaubwürdigkeit, sondern daß er noch manches Unbe- kannte verheimlicht, was jedenfalls erst später ans Licht kommt. Auf Seite 6 erzählt er, ohne es zu wollen, welchen Einfluß die Kaplane in der „christlichen“ Gewerkschaften haben. Ein Kaplane — der Mann wird nicht genannt — hatte eine Unterjochung begangen, wor über ein Freund von Schiffer, und so viel Schiffer in einem Brief an den Sekretär Fischer in Straßburg von einer Anzeige ab. Diefem ungeheuren Kaplane wollte Schiffer eine andere Stelle verschaffen, und zwar sollte er Redakteur werden, aber weil er nicht einmal die Orthographie beherrschte, sollte der Kaplan die Korrekturen der Zeitung lesen! Der Brief an Fischer lautet:

„Berlin, 19. 9. 1908.

Sieber Franz!

Eingeliegenden Brief erhielt ich dieser Tage von J. (Es handelt sich um den in dem anderen Schreiben ge- meinten Kaplane). Da sind mir doch bezüglich dieses Kollegen und seiner Fähigkeiten schwere Bedenken auf- gestiegen. Schon das konfuse Zeug, dann die jämmerliche Sache, und endlich die Orthographie! Soll der wirklich zum Redakteur fähig sein? Mir würde es sehr leid tun, wenn Köhling, der über J. Französisch sich immer ab- fällig äußerte, recht behalten würde. (Und recht habe ich doch behalten. D. R.) J. wollte bestreiten, daß er nicht viel wisse. Ich habe J. immer verteidigt, im guten Glauben an Dein Urteil!

Jedenfalls brauchen wir gute Korrektoren. Wenn Du da nicht einen guten, sich verantwortlich fühlenden geistlichen Herrn oder sonst einen passenden Mann ausfinden kannst, dann, so glaube ich, müssen wir noch weiter! Sei ja vorsichtig! Sonst geht alles schief und wir beide sind auch noch die schwer Blamierten! Einige würden uns das sicher gönnen.

Herzliche Grüße an die dortigen Kollegen, vor allem Buchmann, sowie an Dich und die Deinen.

G. M. Schiffer.“

Der Dieb im Geldschrank!

Schiffer besorgte alle Einkäufe, trotzdem der Vorstand beschloß hatte, daß größere Einkäufe durch den Gesamt- vorstand vorgenommen werden müßten. Dabei kaufte er alles erheblich teurer, als die Preise sonst allgemein fanden. Die Beitragsmarken kosteten 500 000 Stück 270 Mk., wäh- rend sie sonst für 230—240 Mk. und, wie Köhling sagt, je- nar besser zu haben waren. Für die Kassenscheine der Ver- trauensmänner zahlte der „christliche“ Verband jahrelang 40—47 Pf. pro Stück, während derselbe Vierzehn sie jetzt, nachdem Köhling „Strach“ gemacht hat, für 17—20 Pf. lie- fert. So wurde bei allen Käufen von Schiffer — öfona-

misch gewirtschaftet! Dabei waren die teuren Marken viel- fach nicht zu gebrauchen; der Kassierer hatte ganze Schach- teln voll unbrauchbarer Marken angehäuft! 1905 be- schloß der Vorstand die Anschaffung eines Geldschrankes, den Schiffer bei demselben Agenten bestellte, der die Marken lieferte. Gekauft wurde der Geldschrank von B. Houben- Drisburg, jedoch erhielt der Kassierer für jedes Schloß nur einen Schlüssel. Ueber die Schmerzen des Kassierers und den „unwürdigen“ Geldschrank schreibt Köhling Seite 8 u. a. folgendes:

„Der Kassierer reamt wie ein Besessener durch die Bureauräume und schreit: „Ich werde bestohlen, ich werde bestohlen!“ Offenen Mundes glocke ich ihn an und denke zunächst: der ist plötzlich wahnsinnig geworden. Aber schnell ist die Situation aufgeklärt. Stummend vernehme ich, daß unser für absolut dicesicher gehaltenes Geld- schrank nicht sicher ist, daß — und jetzt während der Mit- tagspause — Geld daraus entwendet wird. Einmal ver- schwand der Betrag von 128 Mk., dann 70 Mk., dann 198 Mk., dann 50 Mk., dann 100 Mk. in Gold und 2 Mk. in Silber.

Diese Diebstähle wurden im 2. Vierteljahr 1906 be- gangen.

Vom 1. Vierteljahr 1906 hatte der Kassierer dem Vor- sitzenden bereits ein Marko von 103 Mk. gemeldet, welches letzterer in den Büchern „sümmig“ gemacht hatte, ohne davon dem Zentralvorstande Mitteilung zu machen.

In der Entscheidung des Diebes waren wir alle gleich interessiert, denn in Betracht kam doch jeder, der zum Bureau Zutritt hatte. Wir beschloßen, während der Mit- tagspause abwechselnd auf dem Bureau Wache zu halten. Der Kassierer übergab dem ebenfalls auf dem Bureau tätigen Kollegen Roth einen Kassenschlüssel, so daß der eine Kollege nur im Beisein des anderen den Schrank zu öffnen vermochte. Jeden Mittag wurde der Kassen- bestand genau festgesetzt und nach der Mittagspause wieder geprüft. Nach etwa acht Tagen, Samstagmorgens, fehlten kaum wieder 40 Mk. in Gold und 1 Mk. in Silber.

Über diesen Dieb wurde ermittelt.

Zugewiesen hatte der Vorsitzende seine Englandreise angeht.

Darüber waren wir uns klar: es mußte, daß der gegenwärtige Erklärung des Fabrikanten, ein zweites Paar Schlüssel in Düsseldorf existieren, denn die kompli- zierten Federzylinder mit Nachschlüsseln zu öffnen, war einfach unbedenklich. Der Kassierer telephonierte an die Fabrik und erhielt den Bescheid: „Es sind zwei Paar Schlüssel da, das zweite Paar hat der Vorsitzende.“ Dar- auf fuhr der Kassierer nach Duisburg und der Fabrikant erklärte ihm: „Ich habe das zweite Paar Schlüssel auf dessen Wunsch dem Vorsitzenden gegeben und wenn ich mich recht entsinne, hat er zu mir gesagt: „Sagen Sie dem Kassierer nichts davon.“ Dann führte der Fabrikant weiter aus: „Mir ist noch nie ein Geschäft so eckhaft gewesen wie dieses, denn der Agent verlangte eine mög- lichst hohe Provision mit der Begründung: „Ich muß die Provision mit dem Vorsitzenden teilen.“

Der Kassierer hat dann den Fabrikanten, doch im Interesse unseres Verbandes über den Vorfall zu schwei- gen, worauf dieser erwiderte: „Aber ja, wir haben zu viele Geschäftsgeheimnisse, dann können wir dieses auch noch haben.“

Der Fabrikant stellte dem Kassierer dann folgende Bescheinigung aus:

Duisburg, 6. 5. 06.

An den christlichen Textilarbeiterverband, Düsseldorf. Der im Jahre 1905 an Sie gelieferte Geldschrank hatte zu jedem Schloß zwei Schlüssel und habe ich die Reisereserve nicht an den Kassierer, sondern an den Vorsitzenden übergeben.

Godachtend!

M. Houben.“

Während dieser Zeit weilte Schiffer in England, wurde aber von Roth über das Vorgefallene unterrichtet und kehrte darauf sofort zurück. Wie das Geld aus dem Schrank ge- kommen ist und ob gar ein „kleiner Junge“ es entwendet hat, wurde nicht festgestellt, der Schlüssel jedoch auf das Konto der Lohnbewegung in Aachen gebucht!

Streikbrecher werden auf Kosten des Verbandes gestraft!

Für die „christlichen“ Gewerkschaften allgemein vernach- tigt ist der Schluß der Protokolle, der die „christliche“ Faktion beim Streit behandelt. Wo die „Christen“ wenig oder gar keine Mitglieder haben, treiben sie zum Streit, während sie dort, wo sie stark sind, nicht streiken. Das geht aus folgendem Brief des Vorstandes hervor:

Düsseldorf, den 8. September 1911.

Herrn M. Köhling, Straßburg-Gr., Dauphiner Str. 2. Wertter Kollege! Soeben geht mir ein Schreiben vom Kollegen Vilger-Mühlhausen zu, worin er mir mit- teilt, daß im Oberelsaß wieder ein Streit ausgebrochen sei. An demselben sind über 300 Weberarbeiter beteiligt, die zum größten Teil dem roten Verbande angehören. Wir kommen mit 5 Mitgliedern in Be- rathung. Beiliegend das Schreiben von Vilger zu Deiner näheren Information. Aus demselben geht her- vor, daß die Kassen wahrscheinlich wieder beschlagnahmt, nach drei Tagen der Sauf den Hals anzudecken. Wir sind der Ansicht, daß wir uns dagegen wehren müssen, damit endlich einmal damit geendet wird, uns ad libitum in Bewegungen und Streiks herein- und hinaus- zutreiben, ohne daß wir ein Wort mitzusprechen haben. Wenn wir zu den Vereinigungen nicht zugelassen wer- den, dann müssen wir eben durch ein Flugblatt, welches vorzüglich abgefaßt werden muß, die beteiligte Arbeiter- schaft am Orte auf das arbeiterfeindliche und schwe- re Vergehen der Kassen aufmerksam machen. Ueber- haupt muß den Leuten von vornherein ge- sagt werden, daß sie die Arbeit nicht auf- nehmen sollen, bevor nicht annehmbare Zugeständnisse seitens der Fabrikanten gemacht worden sind.

Wir übermitteln Dir hiermit die Sachen und er- suchen Dich, wenn möglich gleich nach dem Oberelsaß zu fahren und dort die Sache in die Hand zu nehmen.

Freundlichen Gruß

J. Stienen.“

In einem anderen Fall, wo von 120 Arbeitern 106 dem „christlichen“ Textilarbeiterverbande angehörten, wurde die Streikgenehmigung erst erteilt, weil die Leute noch nicht ge- nügend Beiträge gezahlt hätten! Ein Schaden für alle Zeiten bleibt der beispiellose Verrat in Straßburg nicht allein, daß der „christliche“ Vorstand dort den Streikbruch gegen den Willen seiner eigenen Mitglieder beschloß und durch- setzte, sondern er beschaffte der Textilfabriken aus Streik- brecher auf Kosten des Verbandes. Das streng vertrauliche Protokoll des „christlichen“ Vorstandes — ein wirkliches „Kultur“-dokument — lautet:

Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands. Zentralstelle Düsseldorf.

Düsseldorf, den 8. April 1912.

An die Beamten unseres Verbandes!

Werte Kollegen! Die Situation in Straßburg liegt zu- zeit so, daß alles getan werden muß, um dem Deutschen Textilarbeiterverband eine Schlappe beizubringen, das ist für uns von der größten Bedeutung. Es kommt zurzeit alles darauf an, eine hinreichende Zahl von Arbeitern in die Vorbereitung zu dirigieren. Es werden dort auch un- gelernte Arbeiter in großer Zahl angenommen. Der Lohn beträgt, je nach dem Alter, 18—25 Mk. pro Woche.

Wir bitten die Kollegen, uns umgehend mitzuteilen, ob aus dem dortigen Bezirk auf Bezug nach Straßburg ge- rechnet werden kann, sei es auch nur 4 bis 6 Wochen.

Die Hauptkosten trägt der Verband.

Mit freundl. Gruß! Die Zentralstelle.“

Dem „roten“ Textilarbeiterverband oder niedriger den armen Färbern, die einen wochenlangen heroischen Streit führten um eine geringfügige Lohnerhöhung, mußte von „christlichen“ Textilarbeitern eine gründliche Schlappe bei- gebracht werden, nicht etwa den millionenschweren Seiden- fabrikanten. Den „roten“ Arbeitern soll das Streiken mög- licherweise und damit die millionenschweren Textilfabriken für Herbeijagung von Streikbrechern keine Unkosten haben, wurden die Beiträge der „christlichen“ Mitglieder dafür be- währdelt. Auf Kosten einer Arbeiterorganisation werden Streikbrecher herbeigeführt und das sogar von Mühlhausen im Elsaß, von wo die Klasse 4 Klasse bis Straßburg mindestens 14—16 Mk. kostet, dazu die Essen und der Rücktransport, so daß ein Streikbrecher dieser „Arbeiterorganisation“ an 50 Mk. gekostet hat. Die „christlichen“ Textilarbeiter haben denn auch wirklich über den „roten“ Verband gestiftet, genau so wie die „christlichen“ Bergarbeiter ein Jahr vorher über die „roten“ Bergarbeiter den „herrlichen Sieg“ erfochten. „Christliche“ Gewerkschaftsgelber werden also zur Unter- stützung von Streikbrechern herangezogen zum Schutze schweizerischer Unternehmer! Wer hätte das vor wenigen Jahren geglaubt? Köhling hat diese ponderable Verteilung von Arbeiterinter- essen nicht mitgemacht, hat dem Verbande den Betiel hinge- warfen und das allein erträgt ihn.

Zu obigen Enthüllungen des christlichen Angefallenen Köhling hat die Zentralstelle eine Erklärung gemacht, worin Köhling der Unterjochung von Verbandsgeldern bezichtigt wurde. Zu dieser Erklärung schreibt nur der Angefallene Köhling:

„In der Zentralpresse wird behauptet, daß ich eine größere, dem Verbande gehörende Geldsumme unüber- sichtlichweise für mich beschaffen und verwendet hätte. Das ist eine glatte Unwahrheit. Ich habe mit der Zentral- stelle auf Heller und Pfennig abgerechnet. Ein Geschenk von 300 Mk., welches ich bei dem Vorstand des christlichen Verbandes in Aachen habe, hat sich der Verband zu über- nehmen geweigert. Tatsache ist daher, daß ich nicht der Schuldner des Verbandes, sondern der Verband mein Schuldner ist.“

Zum Kapitel Abhängigkeit der Bierfahrer.

Wieder sind wir in der Lage, einen Vertrag zu veröffentlichen, den eine Brauerei mit einem Bierfahrer abgeschlossen hat. Dieses Mal ist es keine Brauerei aus Oberelsaß oder aus einem sonst irgend- geblichen Ort, wo man noch allgemein der Ansicht ist, daß die Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhält- nisse der Arbeiter das Alleinrecht der Arbeitgeber ist. Den Vertrag hat eine Brauerei in Ham- burg mit einem Bierfahrer vereinbart, die sogar mit dem Brauerei- und Mühlenarbeiterverband im Vertrags- verhältnis steht. Der Vertrag enthält für den Bier- fahrer, mit dem er abgeschlossen wurde, zu- nächst nur Pflichten, aber keine Rechte. Wie man in dem in Frage kommenden Betrieb mit den Arbeitern umspringt, darüber siehe näheres unter „Korrespondenzen aus Hamburg“ in dieser Nummer der Zeitung. Der Bierfahrer wird auf Grund des Vertrages zur Haftung für das Biergerst wie für die Flaschenkosten verantwortlich gemacht. Ebenso haftet der Fahrer für Pferde, Wagen und Zubehör. Der Brauereileitung steht das Recht zu, den Fahrer zu besonderen Arbeiten, die nicht zu dessen regel- mäßiger Tour gehören, zu kommandieren. Diese Ar- beiten müssen auf Grund des Vertrages mientlich geleistet werden. Die Reviereinteilung bzw. Ver- ordnungen behält sich die Firma allein vor. Den Regel müßte die Firma aber mit der Bestimmung ab- durch welche sie den Fahrer, sofern er keine Stelle bei ihr angibt, unter einer für einen Arbeiter scharf unerschwinglichen Konventionalkon- vention verpflichtet, der Firma innerhalb von zwei Jahren nicht in die Konkurrenz zu treten. Eine solche Bestimmung ist gegen die guten Sitten verstoßend und macht den gesamten Vertrag ungültig. Das mag der Firma auch eingeleuchtet haben. Brauchte der Vertrag das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen, so brauchte man dem Bierfahrer nicht noch die Verschwiegenheit abzunötigen. Es wäre schade, wenn der Vertrag nicht zur Kenntnis unserer Kollegen käme. Wir bringen ihn deshalb im Wortlaut zum Abdruck.

Vertrag

Zwischen der Brauerei J. G. Hoffmann, Hamburg und Herrn ... Hamburg ist heute nachfolgender Vertrag geschlossen.

Die Brauerei Hoffmann stellt ... zur Bedienung ihrer Kundschaft ein Die Verkaufspreise bestimmt stets die Brauerei.

... empfangt auf Brau- und sonstige Biere ein Preisen von 1 1/2 Pfennig (Einschluß Pfg.) bei Mineralwasser einen Pfennig pro jede leer zurückgebrachte Flasche und auf die Verkäufe an Privatkunden 1 1/2 Pfg. pro Flasche extra.

Für die Zustellung von Leeren Flaschen und Flaschenhälften ... der Brauereigegegneter persönlich und wird hierüber seitens der Brauerei auf Grund der von ...

Die Brauerei garantiert ... eine Wochenproduktion von 1000 Hektolitern, welche auf die Brauereianlagen in Verbindung gebracht werden, jedoch monatlich und schließlich jährlich die Produktionsmenge mit der Garantie abgerechnet werden.

Dringende Forderungen auf Wunsch für die Brauerei ohne Vergütung zu machen. Solange große Entwürfe sind für die Brauerei gegen eine von der Brauerei festzusetzende Vergütung ordnungsmäßig zu bedienen.

Alle Rechte des Vertrages verpflichtet sich ... falls derselbe nicht die ordnungsmäßige Bedienung seiner Kundschaft als selbständiger Lieferant für die Brauerei übernehmen will, weder für eigene noch für fremde Rechnung Bier oder Mineralwasser zu bereiten, verkaufen oder zu vermitteln.

Für die ordnungsmäßige Einzahlung aller Vertragsbestimmungen erklärt sich ... dass er anerkennt, daß von seiner Produktion bei der Produktion ...

Strengste Verschwiegenheit über dies Vertragsverhältnis führen sich beide Parteien zu.

Hamburg, den 29. Juli 1913.

Der Vertrag kam zur Kenntnis der Organisation und wurde der Kollege, mit dem der Vertrag vereinbart wurde, mitgeteilt.

Der Vertrag kam zur Kenntnis der Organisation und wurde der Kollege, mit dem der Vertrag vereinbart wurde, mitgeteilt. Würde er über die Verhältnisse genügend informiert gewesen sein, so würde er ein solches Vertragsverhältnis nicht eingegangen sein.

Also, Kollegen Bierfahrer! Die Augen auf! damit man das Fell nicht über die Ohren zieht.

Bewegung im Berufe

Bezug ist fraglos und folgenden

- Brauereien:
Rudolf, Brauerei
Dresdener, Brauerei
Kaiser, Brauerei
Dresdener, Brauerei
Dresdener, Brauerei
Dresdener, Brauerei
Dresdener, Brauerei

- Weimar, Die Brauereien
Weichenturm, Brauerei
Malzfabriken:
Egerleben, Malzfabrik
Leobitz, Malzfabrik
Mühlen:
Dresdener, Mühle
Rastenburg, Mühle
Dresdener, Mühle

Lohnbewegungen. - Tarifverträge. - Differenzen. Brauereien.

† Lützenburg. Tarifabschluss. In der Brauerei Lützenburg haben wir einen Tarif abgeschlossen. Die Arbeiter, 17 an der Zahl, haben eine Arbeitszeitverkürzung von 6 Stunden wöchentlich und eine Lohnerböhung von 4 bis 150 M. wöchentlich erreicht.

† Magdeburg. In der Sonntag, den 22. September, stattgefundenen parteifreier öffentlichen Versammlung nahmen die Brauereiarbeiter den Bericht über den Verlauf der Verhandlungen mit den hiesigen Brauereien entgegen.

Die Forderungen der Brauereiarbeiter nach Kenntnis von der ersten Verhandlung mit dem Verein der Magdeburger Brauereien. Die Verhandlungen bedauern, daß die Fortsetzung der Arbeitszeit sowie eine Regelung derselben für das Arbeiterpersonal seitens der Brauereien abgelehnt wurde.

Die Forderungen der Brauereiarbeiter nach Kenntnis von der ersten Verhandlung mit dem Verein der Magdeburger Brauereien. Die Verhandlungen bedauern, daß die Fortsetzung der Arbeitszeit sowie eine Regelung derselben für das Arbeiterpersonal seitens der Brauereien abgelehnt wurde.

Callen die Brauereien über Erwerbten auf ihrem bisherigen Standpunkt haben bleiben, so können die Verhandlungen die Forderungen entgegenstehenden Konsequenzen ab.

† Magdeburg. Streik. Nach längeren ergebnislosen Verhandlungen der Arbeiterorganisationen mit den hiesigen Brauereiarbeitern angeführten Brauereien kam es am Samstag, den 4. Oktober, zum Streik.

Der Streik der Brauereiarbeiter in Magdeburg. Die Verhandlungen mit den hiesigen Brauereien sind ergebnislos geblieben. Die Arbeiterorganisationen haben den Streik beschlossen. Die Verhandlungen mit den hiesigen Brauereien sind ergebnislos geblieben.

Streik die Arbeiter der Aktienbrauerei, des Sudenburger Brauhauses, der Brauerei Bodenstein und der Niederlage der Schultheißbrauerei.

Die Brauereien machten alle Anstrengungen, die Einigkeit der Arbeiter zu durchbrechen. Vor allem ist es die Leitung der Aktienbrauerei Neustadt, die hierbei zu den zweifelhaftesten Mitteln greift.

Seitens der Streikleitung wurde der Vorstand des Magdeburger Bundesvereins sowie die Leitung der Hirsch-Dunderischen Gewerkschaften, welcher der Bundesverein angehört, interpelliert.

In anderen bestritten Brauereien wurde den Handwerkern gedroht, die seitens der Handwerker bis jetzt verrichteten Arbeiten außerhalb des Betriebes anfertigen zu lassen, falls diese nicht zur Arbeit zurückkehren würden.

† Lützenburg. Erledigte Differenzen. Die in Nr. 40 der Verbandszeitung gemeldeten Differenzen in der Brauerei Marquardt sind durch gegenseitige Verhandlungen beigelegt worden.

Malzfabriken.

† Frankenthal. Tarifabschluss. Die Lohnbewegung der Frankenthaler Malzereiarbeiter hat nun endgültig am 27. September ihren Abschluß gefunden.

Aus der Lohnbewegung ist folgendes von Bedeutung: Der Tarif ist am 31. März d. J. abgelaufen und hatten im März und April bereits zwei Verhandlungen mit den Malzfabrikanten stattgefunden.

Der Tarif ist am 31. März d. J. abgelaufen und hatten im März und April bereits zwei Verhandlungen mit den Malzfabrikanten stattgefunden. In einer Einigung konnte man damals nicht kommen.

Leobitz, D.-S. Mit der Malzfabrik Alfred Kramer wurde ein neuer Tarifvertrag vereinbart, wodurch die Arbeitszeit um 1 1/2 Stunde pro Tag verkürzt, die Löhne pro Woche um 2-3 M. erhöht wurden.

Die drei Kolonnen verteilten sich auf je einen Sonntag ein Viereltag, auf den anderen eine 10 stündige Arbeit, während der dritte Sonntag 36 Stunden dienstfrei ist. Sings kommen noch sonstige Verbesserungen, so daß die Kollegen im großen und ganzen trotz ihrer kurzen Verhandlungsdauer einen erheblichen Schritt vorwärts gekommen sind.

liches Spiel mit ihnen getrieben wurde, wollte es den Saal verlassen, wurde aber unter donnernder Philippika daran gehindert, indem man sie zwingen da zu bleiben und schließlich versprach man ihnen ein Stück Würst. Die Leute murkten aber zum Teil über diese Freiheitsberaubung und schimpften unter sich, daß man sie mit List hierzu gezwungen habe. Sie waren empört über das freibildhafte Spiel, das man mit ihnen trieb, wußten sie doch jetzt nur zu gut, daß es worbei ist mit der Bessergestaltung der überaus traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Sie erklärten: Gätten sie gewußt, was vor sich geht, wären sie unter keinen Umständen zu dieser „Abschiedsfeier“ gegangen. Es erfolgte nunmehr eine Abstimmung (über was? D. V.) Einer erhob sich, der Zweite, der Dritte — immer zögernd — dann noch einer und so fort, bis das Personal der Brauerei aufgestanden war, während das der Malzfabrik sitzen blieb. Von neuem ging der Donner los und schließlich wurde auch das Personal der Malzfabrik eingeschüchert, so daß von den vorher 17 Sitzgebliebenen so nach und nach 14 aufstanden, wobei die Wankelmütigen den einen oder den anderen sanft an den Schultern emporzogen. 3 blieben aber dennoch sitzen und ließen sich absolut nicht bewegen, ihr Selbstbestimmungsrecht dem Herrn Direktor zu Füßen zu legen. Dieser ehrenhafte Mannesmut mußte gerochen werden. Die 3 Kollegen wurden entlassen. Und noch manchmal werden Herrn Kalm die Worte eines Gemäßigten — ein Neulinge- steller, der noch nicht mal Mitglied des Verbandes war — in die Ohren gellen, die dieser auf die Frage, warum er nicht unterschreibe, antwortete: „Ich verkaufe meine Freiheit nicht.“ Jawohl, Herr Kalm! Auch die übrigen Arbeiter haben mit ihrer Arbeitskraft nicht auch gleichzeitig ihre Freiheit und ihr Selbstbestimmungsrecht verkauft und erklären die hinterlistig erzwungenen Unter- schriften auf dem Bogen weißen Papier für null und nichtig. Der Verband der Brauerei- und Mühlen- arbeiter wird dafür sorgen, daß die Päume jener Herren nicht in den Himmel wachsen. Nur ein Bei- spiel sei erwähnt, wie man freie Männer zu Leibeigenen macht, gleichzeitig Lohnherabsetzungen gewährt und Wohl- fahrtsmaßnahmen schafft, in Wirklichkeit aber auf plumpe Manier die Arbeiter über. Nachdem die Firma Beyer Kenntnis davon erhielt, daß die Malzfabrik Krämer ihrem Personal wesentliche Vorteile zugestanden hatte, wollte sie auch etwas tun. Sie bewilligte zunächst 15 Pf. pro Schicht Zulage. Als sie gewahrt wurde, daß Krämer mehr be- willigt hatte, gab sie jänell noch 10 Pf., die aber bis zum Campagnenbeginn stehenbleiben sollten. Und als sie heraus- bekam, daß Krämer noch bedeutend mehr zugelegt habe, gab sie abermals 10 Pf., die aber mit den andern 10 Pf. zusammen stehen bleiben sollen bis 100 Mk. voll sind. Das Geld soll verzinst werden; Kapital und Zinsen werden aber nicht eher ausgezahlt, bevor nicht 100 Mk. voll sind und auch nur dann, wenn die Arbeitsleistung und Führung zu Be- anstandungen keinen Anlaß geben. In den letzten Jahren also wird jemand in die Lage kommen, auch nur einen Teil des Geldes zu bekommen, noch viel weniger den Gesamtbetrag, denn bei monatlicher Kampagnendauer beträgt die Einzahlung 20 Pf. x 180 Tage = 36 Mk., demnach müßten die Leute erst zirka 3 Jahre bei der Firma ihre Anwesenheit bevor ihnen dieser Teil des Lohnes ausgezahlt wird. So werden die Arbeiter bedrückt. Des- halb Kollegen, rafft euch auf und zahlt eure Beiträge nach, dann habt ihr sofort den Schutz des Verbandes und wir werden euch zeigen, daß auch der Terror des Herrn Kalmia vor den Machtmitteln des Verbandes und der übrigen organisierten Arbeiterschaft keine Grenzen hat. In- zwischen nehmen vielleicht unsere Berliner Kollegen und die Berliner Arbeiterschaft den Berliner Betrieb des Herrn Beyer und Kalmia unter die Lupe. Beide Herren sind nämlich Inhaber der Berliner Bierbrauereigesellschaft am Zion. Kirchplatz.

Dierniedertagen, Seltersfabriken.

† **Wilmshausen.** Streik und Tarifvertrag. Während bei allen anderen hiesigen Bierverlagsgesellschaften die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Tarifvertrag geregelt sind, weigerte sich die Firma Billing, den Tarif- vertrag anzuerkennen. Unter den Arbeitern war deshalb ein fortwährendes Kommen und Gehen, so daß an ein ernst- liches Vorgehen nicht zu denken war. In letzter Zeit rafften sich die Kollegen endlich auf, worauf, als die Firma wiederum eine Unterhandlung illusorisch machte, am Sonn- abend, den 27. September, die Arbeit eingestellt wurde. Schon nach einlägigem Streik erklärte die Firma den Tarif unterschrieben an, wodurch für die Kollegen nennenswerte Verbesserungen erreicht wurden.

Mühlen.

† **Düffeldorf.** Ausperrung. Bei Gebr. Ill- mann, Mühle und Futtermittelhandlung, stehen unsere Kollegen in Lohnbewegung. Durch wiederholte Verhand- lungen war bereits bis auf einige kleinere Punkte Einigung erzielt. Schließlich gestiel es aber der Firma, sämtliche Ar- beiter ohne weiteres zu entlassen. Zugang ist fernzuhalten.

† **Rappenburg.** Streik. In den Mühlenwerken von A. Gramberg kam es am 5. Oktober zum Streik, an dem zirka 50 Mann beteiligt sind. Für den 4. Oktober war Verhandlung mit den Verbandsvertretern angezettelt. Als letztere erschienen, erklärte Herr Gramberg, daß er zunächst mit seinen Leuten verhandeln wolle. Nachdem er eine halbe Stunde mit der Kommission nicht verhandelt, son- dern getobt hatte, erklärte er den Verbandsvertretern, daß er nicht mit ihnen verhandele. Die Kommissionsmitglieder wurden entlassen und erhielten ihren Lohn und die Pa- viere. Darauf wurde der Betrieb von den Arbeitern still- gelegt. Zugang ist streng fernzuhalten.

† **Wizenhausen b. Cassel.** Streik. Die Kollegen in der Mühle Nitz in Wizenhausen stehen seit dem 20. August in einer Lohnbewegung. Den eingereichten Tarifvertrags- entwurf sandte Herr Nitz mit dem Bemerkten an die Organi- sationsleitung zurück, daß es besser sei, die Leute an ihre Arbeit zu erinnern, als sie für höhere Löhne begehrt zu werden. Auf weitere schriftliche und mündliche Verhand- lungsveruche reagierte Herr N. gar nicht mehr. Um doch zu einer friedlichen Verständigung zu kommen, sprach am 2. Oktober der Arbeiterausschuß noch einmal vor. Davon

betonte Herr Nitz, für ihn wäre kein Verband da und er kenne auch keinen! Was ein jeder Arbeiter wünscht, soll der Arbeiterausschuß schriftlich einreichen! Dem wurde Rechnung getragen. Die Wünsche, die die Arbeiter in Form eines Tarifvertragsentwurfs niedergelegt hatten, überreichten sie Herrn Nitz am Freitag, den 3. Oktober. Jeder vernünftige Mensch glaubte, daß Herr Nitz nun auch mit dem Ausschuss verhandeln würde; doch darin hatte man sich getäuscht. Der Vertragsentwurf sei ihm viel zu schmerzhaft, um ihn anzufassen, es würde gegen die guten Sitten verstoßen! Dieser Standpunkt kennzeichnet Herrn Nitz recht drastisch und zeigt jedenfalls für seine Bildung. Anstatt mit dem Ausschuss zu verhandeln, beorderte Herr Nitz nachdem noch einige Mitglieder desbeselben auf sein Kontor. Als „Verbrecher“ wurden sie vorgenommen und man überreichte ihnen dann die Kündigung. Dadurch will Herr Nitz offenbar die übrigen Arbeiter abschrecken, was ihm jedoch nicht gelingen wird. Eine am Sonntag abge- haltene Versammlung beschloß einstimmig die Arbeits- niederlegung. Am Montag steht die Bude. Zugang ist streng fernzuhalten.

Korrespondenzen.

Albigen, SA, Spaißingen. In der Kojen- brauerei herrschen Zustände, die der Deffentlichkeit nicht mehr länger verborgen bleiben dürfen. In diesem Betrieb fungiert der Schwiegerjohn des Brauereibesitzers, Herr Karl Kopp, als Betriebsleiter. Dieser Herr liebt es, die Arbeiter auf alle mögliche Art und Weise zu schikanieren. Besonders die organisierten Arbeiter werden mit bekannnten „Kojenamen“ tituliert, außerdem laufen sie ständig in Gefahr, handgreifliche Proben von der Muskelkraft dieses Betriebsleiters zu bekommen. So wurde erst kürzlich ein junger Arbeiter unter den Bierjäffern herumgejagt und mit dem Namen Zuchhausriegel be- dacht. Bei einem anderen Arbeiter wurde dieser Betriebs- leiter ebenfalls handgreiflich, und es ist nur dem Besonnenen Eingreifen eines Kollegen zu verdanken, daß es zu keiner Schlägerei gekommen ist. Einem dritten Arbeiter gegen- über sprach dieser Kraftmann den Wunsch aus, er möchte mit ihm unter vier Augen abrechnen. Diese Liste könnte noch weiter ergänzt werden. Auch der Oberbrauer Grams hat einen jungen Arbeiter mit Ohrfeigen traktiert und mit Kraftausdrücken ist er den Verbandskollegen gegenüber auch nicht verlegen. Daß dieser gebildete Betriebsleiter seine Arbeiter mit „Du“ anredet, während diese verpflichtet sind, ihn höflich mit Sie anzusprechen, soll nur nebenbei erwähnt werden. Von einer geregelten Arbeitszeit ist keine Rede, auch die Lohnverhältnisse lassen sehr viel zu wünschen übrig. Es werden durchschnittlich pro Woche um 2 bis 3 Mk. geringere Löhne bezahlt als in den Tarifbrauereien der Umgebung. Nach alledem ist es verständlich, daß dieses Elend einem richtigen Taubenschlag gleicht. Nicht genug, daß die Arbeiter im Betriebe wie hässliche Kulis behandelt werden, der Betriebsleiter magt sich auch an, die insofern der Kräfte arbeitlosen Kollegen in der ordinarischen Weise zu beschimpfen. Uebrigens werden in diesem Betriebe nur Arbeiter geduldet, die sich alle Uebergriffe des Betriebs- leiters und Oberbrauers ruhig gefallen lassen. Die Kollegen, die für die geschilderte Erziehungsmeihode kein Verständnis haben und sich gegen die unmensliche Be- handlung zu wehren suchen, werden rücksichtslos gemah- regelt. In einer persönlichen Aussprache mit dem Bezirks- leiter und Zahlstellenvorstehenden konnte sich Herr Kopp nicht dazu aufschwingen, seinen Arbeitern das gesetzliche Koal- litionsrecht zu gewähren. Er will sich die Sache erst über- legen! Mit andern Worten, Herr Kopp will auch in Zu- kunft an dem extremen Herr-im-Daue-Standpunkt fest- halten, und will auch fernach seine Arbeiter zu rechtlosen Gelosten degradieren. Schon einflußreichere Schatzmacher haben sich im Vernichtungskampfe gegen die Arbeiter die Hörner abgestoßen, und auch Herrn Betriebsleiter Kopp kann verständlich gemacht werden, daß die Zeiten vorüber sind, wo sich die Arbeiter ihr elementares Recht, das Recht auf freie Vereinigung (Koalitionsrecht) von den Unter- nehmern vorenthalten lassen. Ein altes Sprichwort sagt: Allzu spät macht spätig. Wenden sich die hiesigen Ver- hältnisse nicht, so wird sich die Nützlichkeit des alten Wortes über kurz oder lang einmal bewähren.

Berlin. Die hiesige Zahlstelle befristete sich am Sonn- tag, den 21. September, in einer überfüllten Versamm- lung mit der Frage: „Kündigen wir die im Jahre 1903 mit den Unternehmern vereinbarten Bestimmungen über die Bezahlung des Zuschusses in Krankheitsfällen usw.“ Am 1. Januar 1914 tritt der Teil der Reichsversicher- ungsordnung in Kraft, der die Bestimmungen über die Krankenversicherung enthält. Die dadurch bedingte An- änderung der Statuten sowie der Beitragsleistung zu den Krankentassenbeiträgen hat eine weitgehende Änderung der bisher von den Unternehmern auf Grund der Ab- machungen betreffend den § 616 des Bürgerlichen Geset-zbuches zu leistenden Zuschüsse zur Folge. Diese Herab- setzung tritt im ganzen Groß-Berliner Zahlstellengebiet ein. Dem Höchstgrundlohn von 32 Mk. entsprechend hatten nach den bisherigen Abmachungen die Unternehmer den Arbeitnehmern mit einem Lohne von 32 Mk. und darüber für Ledige einen Zuschuß bis zu zwei Dritteln und für Arbeitnehmer, die Frau oder Kind zu ernähren haben, bis zu drei Viertel des Grundlohnes, d. h. bei 14 Mk. Kranken- geld bis zu 10 Mk. Zuschuß zu zahlen. Nehmlich verhielt es sich bei den minderbezahlten Kategorien. Nach dem Ein- treten der neuen Krankentassenbestimmungen erhoben sich sowohl die Leistungen als auch die Beiträge der Kappe. Für die Brauereiarbeiter kommen in Stufe 4 zirka 1500 Be- schäftigte mit einem Krankengeld von 14 Mk. in Stufe 5 zirka 1800 Beschäftigte mit einem Krankengeld von 17.50 Mark und in Stufe 6, nach eventueller Annahme der Mit- fahrer in diese Stufe, zirka 4000 Beschäftigte mit einem Krankengeld von 21 Mk. in Frage.

Das bisherige Krankengeld betrug für diese Kategorien 14 Mk. pro Woche und würden die Unternehmer für Stufe 5: 3.50 Mk. und für Stufe 6: 7 Mk. weniger Zu- schuß zahlen brauchen, ohne ihr Zutun, lediglich auf Grund der Mehrleistung an Beiträgen der Versicherten. Wie der Referent Träger am Schluß seiner Ausfüh- rungen erklärte, haben sich der Verband und die Vertrauens-

männer für die Kündigung der im Jahre 1903 mit den Unternehmern vereinbarten Bestimmungen über die Beza- lung des Zuschusses in Krankheitsfällen usw. ausgesprochen. Einen dementsprechenden Antrag unterbreitete der Referent auch der Versammlung. In der Diskussion traten Wünsche zutage, nach denen eventuell die Sache bis zum Tarifabschluß zurückgestellt werden sollte. Dem wurde aber andererseits energisch entgegengetreten und verlangt, daß einer Verände- rung mit mindestens denselben Unterhaltungsstufen unter Berücksichtigung der zukünftigen Lohnsätze nur das Wort zu reden sei; auf keinen Fall dürfe aber die Be- zahlung der ersten drei Tage in Krankheitsfällen preis- gegeben werden.

Der Vertreter des Böttcherverbandes Klappschuß, sowie der Vorsitzende des Bierbrauereigenossenschafts Will, die als Vertreter der vertragsschließenden Partei der Arbeitnehmer geladen waren, traten ebenfalls für den Antrag der Kündi- gung, der einstimmig angenommen wurde, ein.

Scharfe Kritik wurde geübt an dem Verhalten der Deutschen Bierbrauerei in Pilschendorf, der Brauerei Groter- jahn und der Stadibrauerei, die nach Inkrafttreten des neuen Arbeitsnachweises, entgegen ihres bisherigen Ver- haltens — niemand ohne Benutzung des Arbeitsnachweises einzustellen — glauben, nun den Prozentfuß möglichst aus- nützen zu können und nach Herzenslust den Arbeitsnach- weis meiden. (Erstgenannte Brauerei hat seit 1. Juli bereits 3 Arbeitnehmer ohne Benutzung des Nachweises ein- gestellt.) Hier wird von der Verwaltung verlangt, daß die stärksten Mittel angewandt werden sollen, um die Be- triebe zu veranlassen, den Prozentfuß möglichst noch mehr auf ein Minimum herabzudrücken, zumal auch sie durch Entlassungen und Betriebseinsparungen resp. Anschaffung von Maschinen das Heer der Arbeitslosen vermehren helfen, was offensichtlich daraus hervorgeht, daß im Arbeitsnach- weis zurzeit 1042 arbeitslose Brauereiarbeiter einge- tragen sind.

Bielefeld-Steinhagen. Die Versammlung am 5. Ok- tober konnte im eigenen Interesse der Steinhäger Brauereiarbeiter besser besucht sein. Kollege Supper be- richtete über die in letzter Zeit gemachten Versuche, die Einstellung der beiden gemäßigten Kollegen bei der Firma König zu erreichen. Daß dies noch nicht erreicht wurde, sei in erster Linie Schuld der vorigen Kollegen selbst. Würden sie nach Abschluß der getroffenen Verein- barung in energischer Weise die Organisation ausgebaut haben, so hätte sich die Firma nicht erlauben können, die Wiedereinstellung der beiden Kollegen bis heute hintanzu- halten. Die Vereinbarung sei zwar bis 1. Januar 1914 abgeschlossen, aber wir haben gar kein Interesse mehr an ihr, wenn der Mitkontrahent die eingegangenen Verpflich- tungen nicht einhält. Dazu gehört aber, daß unsere beiden Kollegen längst eingestellt sein müßten. Herr Rechtsan- walt Schmidt-Bielefeld hat bei den Verhandlungen erklärt, daß die Vereinbarung, besonders in bezug auf die Wieder- einstellung unserer beiden Kollegen, in lokaler Weise ein- gehalten wurde. Seit dieser Zeit ist ein halbes Jahr ins Land gegangen, und die Einstellung ist noch nicht erfolgt. Es kann also von einer lokalen Einhaltung der Verein- barung keine Rede sein. Wenn aber auch jetzt noch Herr König erklärt, er gebrauche noch keine Arbeitskräfte, so stimmt das nicht. Am 1. Oktober wurden zwei Arbeiter angenommen, ferner zieht die Firma Sonntags in großer Anzahl die Arbeiter zu Arbeiten heran, die recht gut wochentags erledigt werden könnten. Dadurch ist der Be- weis erbracht, daß nicht wir, sondern die Firma König resp. ihr Vertreter, Rechtsanwalt Schmidt, die Vereinbarung nicht respektiert. In der Diskussion wurde von den Kol- legen betont, daß es an Arbeit nicht mangle, es sei nur hoher Wille von Seiten der Firma, daß die beiden noch nicht eingestellt seien. Die Firma glaube offenbar, dadurch die Organisation zu zertrümmern. Es sei deshalb Pflicht eines jeden Kollegen, bei der Agitation mütig zu sein. Gehehe letzteres, dann bliebe der Erfolg auch nicht aus, wir kämen dann auch in die Lage, zum 1. Januar 1914 einen Tarifvertrag abzuschließen.

Die Verwaltung wurde beauftragt, nochmals Schritte zu unternehmen, um die Einstellung unserer beiden Kol- legen zu erreichen. Verhält sich die Firma erneut ablehnend, so soll eine im Laufe der nächsten Woche stattfindende Ver- sammlung erneut zu dieser Frage Stellung nehmen. Wir machen aber besonders darauf aufmerksam, daß es Pflicht eines jeden Kollegen ist, diese Versammlung zu besuchen. Zeit und Ort der Versammlung wird durch die Vertrauens- leute mündlich bekanntgegeben. Kollegen, des Koalitions- rechts ist Euch von der Firma extra schriftlich zugesichert, benutzt es und organisiert Euch.

Gelle. Eine Versammlung der Brauereiarbeiter be- schäftigte sich dieser Tage mit den Zuständen in der Brauerei Schilling. Seit dem Eintritt des neuen Brau- meisters Köpberg nehmen die Klagen kein Ende, die aber nur in seltenen Fällen von der Betriebsleitung als be- rechtigt angesehen werden. Voraus natürlich nicht ge- folgert werden kann, daß die übrigen Klagen unberechtigt sind. Dem Braumeister wird durchweg mehr Glauben ge- schenkt als den Arbeitern resp. dem Arbeiterausschuß. Es ermuntert ersteren geradezu, seine Behandlung der Ar- beiter fortzusetzen. Seine Anordnungen, die zum Teil die bisherige Arbeitsweise völlig umgestalten und vielfach offensichtlich partiellsten Charakter tragen, müssen ein- spruchslos ausgeführt werden. Eine dieser neuen Maß- nahmen besagt, daß die Arbeiter spätestens eine Viertel- stunde nach Arbeitschluß den Betrieb verlassen haben müssen. Hiergegen hätten die Arbeiter an sich nichts ein- zuwenden, würde sie konsequent durchgeführt. Sie würd- erit in sofern als eine Ausnahmebestimmung, weil davon die wenigen unorganisierten Arbeiter, die sich bei den jüngsten Vorkommnissen als „liebe Kinder“ betätigt haben, nicht betroffen werden. In einem andern Fall wurde ein Bierfahrer, der jahrelang zur vollsten Zufriedenheit der Firma seine Tätigkeit ausgeübt hat, zu andern Arbeiten herangezogen; die Herde, an die er sich gewöhnt hatte, wurden ihm entzogen; dafür darf er sich allenfalls mit dem pflanzermüden Gaul, der obendrein sehr bössartig veranlagt ist, herumplagen. Welche Gefahr der Infektion beispiels- weise darin liegt, einen Bierfahrer, der doch auch die damit verbundenen Arbeiten verrichten muß, so wie er ge-

und steht zum Reinigen des Kühlschiffes zu verwenden, wozu jeder Fachmann zur Genüge. Schon seit der Zeit der Spähenste haben sich wiederholt in bezug auf Bierqualität nachteilige Folgen bemerkbar gemacht. Während der Herr Brauereimeister seine Hände in Unschuld wäscht, verstreicht er sich vielmehr zu groben Verdächtigungen der Arbeiter. In einem Falle, wo der Arbeiterauschuss Beschwerden vorbrachte, bezichtigte er diesen sogar der Sünde. Dem Verlangen, über die Beschwerden Zeugen zu hören, wurde von der Betriebsleitung keine Rücksicht genommen. Auch sonst wurde dem Arbeiterauschuss keinerlei Beachtung zuteil und es blieb ihm unter solchen Umständen nichts anderes übrig, als sein Wort niederzulegen.

Auch in der Heidebräu sind Methoden üblich, die nicht einwandfrei sind. Die Betriebsleitung behält einen Arbeiter besonders zu bevorzugen. Die Bierkäufer halten es aber nicht für angebracht, daß dieser Mann, der sonst gar nicht in der Brauerei beschäftigt wird, Bierbestellungen nach Feierabend ausführt. Der Zweck der Übung ist offenbar kein anderer, als die Arbeiterkassen zu ignorieren, der Mann erhält dafür nämlich nur einige Groschen Gehalt, und ist somit Lohnbedürftig. Entgegen der an sich einwandfreien Vorschriften, nach Feierabend an das Arbeitspersonal kein Bier mehr zu verabfolgen, wird diesem Mann das Recht des unangenehmsten Biergenusses eingeräumt, von dem er denn auch den ausgiebigsten Gebrauch macht. Bezugsgegenwärtig man sich, daß diesem Mann auf seinen Kassen als Bierkäufer schon verschiedene Unfälle zugefallen sind, so ist es ohne weiteres begreiflich und berechtigt, wenn die Bierkäufer sich weigern, diesen Mann als Helfer mit auf die Tour zu nehmen. Auf wiederholtes Vorstellwerden des Arbeiterauschusses zum Zweck der Abstellung dieser Sonderrechte verjährt der Geschäftsführer, diesen Wünschen auch gerecht zu werden. Weil es jedoch bei dem Vorreden geblieben ist, wurde die Maßnahme des Arbeiterauschusses an den Vorsitzenden des Ausschusses, der jedoch kurz und bündig erklärte, sie ließen sich von den Arbeitern keinerlei Vorschriften (?) machen. Das läßt wohl den Schluß zu, daß man sich hier den Arbeiterauschuss vollständig zu ignorieren gedenkt.

Einwändig kam in der Versammlung zum Ausdruck, daß ein wirklich friedliches Verhältnis in den Betrieben nur dann möglich ist, wenn den Wünschen resp. Beschwerden der Arbeitnehmer seitens der Betriebsleitungen mehr Rechnung getragen werde.

Berlin. In unserer zahlreich besuchten Versammlung vom 24. September berichtete Kollege Kretschmann aus dem Kartell, daß in nächster Zeit ein Kampfabend veranstaltet wird, in dem für wenig Geld den Arbeitern Gutes geboten werden soll. Die Kollegen möchten zahlreich daran teilnehmen. Kollege Kippel gab dann bekannt, daß Kollege Wöhe zum Kartell als Vorsitzender ernannt worden sei und daß seine Funktionen bis zur Neuwahl des Gesamtverbandes von Kollegen Kippel ausgeübt werden. Kippel erklärte den Kollegen hierauf, warum die Entlohnung zur Unterstützung der ausgesprochenen Materie eingehoben werden. Es wurde beschlossen, das Kartell über die Gewerkschaften und ihre Kämpfe für unsere Abhilfe anzuschließen. Hierauf hielt Kollege Kippel einen Vortrag über die Taktik der Spadist unserer Kartellverbände.

Helmstedt. In der Versammlung, wie Rechtsanwältin Schmidt-Vielhöf als Exekutiv der vereinigten Brauereiarbeiter Komitee arbeitete, welche für die Arbeiter nur zum Nachteil sind. Ebenso verfahren die Herren Wolf und Steinhilber. Er wies auf die Ausperrung unserer Kollegen in Reichland-Weißbach hin, wo sich Kreuzbauer als größter Schatzkammer und Gegner der Arbeiterorganisation hervorgetan hat. Diese Leute verstehen es, die Interessen der Brauereien zu wahren, und wenn es sich um Lohnfragen der Arbeiter handelt, haben sie ja selbst wie gewöhnlich die Forderungen abzuwehren. Dem sei nur durch eine starke Organisation entgegen zu arbeiten, und sei es Pflicht eines jeden in den Brauereien, Brauereien und Kühlbetrieben beschäftigten Arbeiters, sich zu organisieren und fleißig mitzuarbeiten für unsere gerechte Sache, damit durch eine feste Organisation die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter verbessert werden können. Dem 115stündigen interaktiven Vortrage wurde am Schluß lebhafter Beifall entgegengebracht. Zuletzt sprach Kollege Kippel die Arbeiter an, sich besser zu organisieren, damit auch in den künftigen Wahlen für sie bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden können.

Quincy. Mitglieder-Versammlung vom 20. September bei Gora. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde die Versammlung des Ausschusses der vertriebenen Kollegen Red (Schloß) und Dehne (Hauptkammer) in der nächsten Reihe. Der Kartellbericht erregte großes Interesse; von Höhle wurde auf den vom Kartell verhängten Posten hingewiesen. Der Bericht vom Schiedsgericht erregte großes Interesse. Gegen die Preisermäßigung wurde Beschwerde geführt, 1. wegen Ausweisung unter den im paritätischen Arbeitsnachweis Eingetragenen sowie Durchbrechung der Bestimmungen bezüglich Verbotung von Eigen oder Vertriebenen und Umgehung des Arbeitsnachweises respektive der Bestimmungen des Arbeitsnachweises bei Ferienübernahmen. Bei Beschäftigung von Eigen werden diese, je nachdem es der Betriebsleitung beliebt, bis zu vier Wochen, was nur bei Fortsetzung zulässig ist, beschäftigt. Herr Direktor Broder vertrat, wobei zu beachten, bei Bedarf eines Fabrikats für sich wurde ein Bize bestellt, welcher nach Ablauf der Bizezeit für sich behalten wurde, trotzdem derselbe in Abwesenheit noch nicht für ihn an der Reihe war. Die Brauerei will diese Angelegenheit bei dem Kartell klären. Eine zweite Beschwerde des Arbeitsnachweises gegen die Brauerei lag zu: a) wegen unangenehmer Speisen, so daß die unternehmenden Anwesen vom Lohn gedeckt werden müßten; b) wegen Aufstellung von Schmutzwasser, ebenfalls wurde Sonntag ohne Entlohnung Eis an die Kühlhäuser gebracht werden, trotzdem dieses hier in Hamburg allgemein für die Brauereien befreit ist. Das Schiedsgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß Gehalt bezahlt werden müsse, ebenso müsse für Sonntag Gehalt bezahlt werden. Der Direktor versprach auch Hilfe zu leisten. Aber wie die Regelung der Beschwerden seitens des Kartell Ausschusses erregt ist, sei dies eine Provo-

ktion, aber keine Regelung, wie dieser Herr im Schiedsgericht zugelegt habe. Auf der einen Seite habe man 20 Pf. zugebilligt, für andere Quellen habe man aber 20 und 50 Pf. abgezogen. Früher wurde die Mittagspause nicht bezahlt, dafür Jahrgeld gegeben; seitdem die Kollegen die Bezahlung der Mittagspause als Überstunden erhalten, gibt es kein Jahrgeld mehr. Herr Direktor Broder sagt, die Kartell brauchen nichts zu verzehren. Eine weitere Beschwerde richtete sich gegen die Brauerei Hofmann: a) wegen Beschäftigung des Arbeitsnachweises im Flaschenkeller respektive in der Schwanthalde; b) wegen Umgehung des Arbeitsnachweises; c) wegen Durchbrechung des Tarifs. Vom Schiedsgericht wurde das Verhalten der Brauerei in der Beschwerde a) beurteilt. Der Vertreter der Brauerei ist der Ansicht, daß die Punkte b) und c) nicht vor das Schiedsgericht gehören, und konnte deshalb nicht verhandelt werden. Bei b) handelt es sich darum: Die Brauerei nimmt ihr Personal nicht vom Nachweis, sondern sucht sich daselbe im „Generalanzeiger“. Die Durchbrechung des Tarifs wird erlitten in dem Abfluß von Sonderverträgen mit einzelnen Personen und hängt mit der Beschwerde b) zusammen. Eine Beschwerde gegen die Elbischloßbrauerei betraf die Maßregelung der Flaschenkellerarbeiter G. und S. Beide Kollegen wurden vor kurzer Zeit mit noch 16 Flaschenkellerarbeitern wegen Mangels an Arbeit entlassen. Bei Wiederbeschäftigung lehnte es die Brauerei ab, diese beiden Kollegen, trotzdem sie die Stammtätigen sind, wieder einzustellen, und suchte sich unter den wegen Mangels an Arbeit Entlassenen sechs Personen aus. Das Schiedsgericht erkannte diese Beschwerde an. Die Brauerei hat zugelegt, die beiden Kollegen bei Bedarf, da jetzt die Eingestellten innerhalb acht Tagen entlassen werden, wieder einzustellen. Eine Beschwerde gegen die Teufelskinder Brauerei wegen Nichtbezahlung für Bierfabrik am Sonntag will die Brauerei nur das Kartell bringen. Eine Beschwerde gegen die Aktienbrauerei wurde verweigert, weil die Beschwerdeführer nicht erschienen waren. Nachdem Höhle noch der schon erwähnten Sondervertrag eines Kollegen mit der Brauerei Hofmann verlesen hat, wurde in die Diskussion des Berichtes eingetreten. Das Verhalten der Freienbrauerei wurde allgemein als Provokation angesehen. Auch an der Elbischloßbrauerei, mit der man sich jetzt in der vorigen Versammlung eingehend beschäftigt hatte, wurde scharfe Kritik geübt. Eigenartig sei das Verhalten der Brauerei Hofmann. Seitdem dort ein Herr Kommissar, früher Geschäftsführer der Hamburger Brauereivereinigung, zuletzt Sekretär des Norddeutschen Brauereiverbandes, Teilhaber geworden sei, nehmen die Differenzen in diesem Betriebe kein Ende, während früher leidlich mit demselben auszukommen gewesen sei. Der von Höhle vertretene Kartell sei ein Mann und verfolge gegen die guten Sitten. Darin sei auch ein Punkt enthalten, daß der betreffende Kollege den Kartell niemand zu Gesicht kommen lassen dürfe; wir müssen dafür sorgen, daß derselbe der Defekten Unruhe nicht berechtigt bleibt. Der Kartell kam in dieser Nummer an anderer Stelle zum Ausdruck (S. 12). Er habe es gesehen, der betreffende Kollege sei entlassen worden, weil er den Kartell unserem Vorsitzenden zur Einsicht gegeben habe, später wollte man diesen Grund nicht gelten lassen und erklärte, der Wagen des betreffenden solle eingehen, da er sich nicht revidieren. Diese Entlassung dürfe man auf keinen Fall hinnehmen. Wir händen mit der Brauerei im Kartellverhältnis; wenn nun die Brauerei glaube, mit einzelnen Kollegen Sonderverträge abzuschließen, so müsse vom Standpunkt der Kartell uns das Recht bleiben, auch neue Forderungen an dieselbe zu stellen. Es sei notwendig, daß man auf der Hut sei; vor allen Dingen müsse die Solidarität unter den Kollegen aufrechterhalten. Der Vorsitzende wurde beauftragt, nebst dem die Wiederbeschäftigung unserer Kollegen zu erwirken. Unter „Beschwerden“ gibt Höhle bekannt, daß mit der Victoria-Brauerei in Ahrensburg ein neuer Tarifvertrag vereinbart sei. Die achtstündige Arbeitszeit sei bereits eingeführt, Ferien gebe es acht Arbeitstage, Lohnsteigerungen von 1 Mk. bis 3 Mk. haben stattgefunden. In einem Schreiben des Hauptverbandes wurde auf einige preiswerte und gute Bücher hingewiesen; Bestellungen werden im Bureau entgegengenommen. Ein Antrag des Kollegen Drake, die Kosten für die Teilnehmer an den Bildungsarbeiten von der Lokalkasse ganz zu bestreiten, wurde angenommen. Von mehreren Kollegen wurde lebhafter Beifall ausgesprochen, daß in allen hiesigen Mühlen, namentlich bei H. W. Lange, die Ventilatoren viel zu ungenügend seien. Die schlechte Luft und die viele Nachtarbeit mindere die Gesundheit der Arbeiter frühzeitig; fast alle Mühlen seien Großbetriebe, für die es ein leichtes sei, hygienische Einrichtungen zu treffen. Es gehe Mühlen, wo für 60 und mehr Personen nur zwei Klozetts zur Verfügung ständen, auch an Behältnissen fehle es. Auf-entlohnung für die Arbeiter seien entweder gar nicht vorhanden oder zu wenig; selbst die Nachtzeiten müssen die Kollegen vielfach in den von Staub geschwängerten Arbeitsräumen einatmen. Auch die Löhne seien längst nicht mehr zeitgemäß, ebenso die Arbeitszeit. Daß in den Mühlen noch so rückständige Verhältnisse seien, liege vielfach an den Organisationsverhältnissen. Nicht eines jeden Kollegen sei es, die Mühlenarbeiter der Organisation zuzuführen. Der Vorsitzende gibt noch bekannt, daß in der letzten Monatswoche zwecks Kontrolle sämtliche Mitgliedsbücher eingezogen wurden; die Beiträge müssen bis dahin entrichtet sein. Dem in Rat genannten Kollegen B. wurde eine Unterzeichnung von 20 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt.

Winn. Mitglieder-Versammlung vom 21. September. Bei Punkt 1 wurde vom Kollegen Brühl ein Schreiben aus Mannheim verlesen, worin ersucht wurde, den Bezug von Mühlenarbeitern nach dort fernzuhalten, da dort die Mühlenarbeiter in Lohnbewegung ständen. Einem Kollegen wurden 10 Mk. außerordentliche Unterstützung aus der Lokalkasse gewährt. Verlesen wurde auch ein Schreiben des Verbandsvorstandes. Es wurde beschlossen, einige Exemplare des Buches „Der gute Verarbeiter“ und ein Exemplar des Gruppenbildes der Vorsitzenden der vertriebenen Landesverbände der Brauereiarbeiter zu bestellen. Dem Verbandsvorstandesbezug bezüglich der Extrabeiträge wurde zugestimmt. Beim Kartellbericht wurde bekanntgegeben, daß das Gewerkschaftskartell mit Herrn Baumann, welcher Königsbacher Bier vertriebt, verhandeln wolle, um dadurch den Aus-

gang der Lohnbewegung der Brauereiarbeiter in Koblentz zu beeinflussen. Kollege Gernert teilte mit, daß von 15 Brauereien 9, von 13 Mälzfabriken 7, von 8 Kühlbetrieben 2 Tarifverträge anerkannt hätten. Außerdem beständen noch 2 Tarifverträge mit Bierniederlagen. Unter allen Umständen müsse das Gebiet der Tarifverträge noch im laufenden Jahr erweitert werden. Im kommenden Jahr gelte es den Tarifvertrag mit den Brauereien zu erneuern und müsse jedes Mitglied alles tun was ihm möglich sei, um die Reihen der Organisation enger zu schließen. In diesem Sinne schloß der Vorsitzende auch die Versammlung.

Worms. Unsere Mitglieder-Versammlung vom 27. September beschäftigte sich mit den Wahlen zur Krankenkasse und zur Lokalverwaltung. Allgemein bedauert wurde, daß die hiesigen freien Gewerkschaften noch nicht stark genug sind, die Wahl zur Krankenkasse aus eigener Kraft zu führen, so daß ein Kompromiß mit den Kirch-Vorständen abgeschlossen werden mußte. Allgemeine Entrüstung löste es aus, daß die gewählte Kommission den Versuch unternommen hat, unseren Vorsitzenden als Vertreter der Ortskasse auszuscheiden. Dieser Versuch ist um so verwunderlicher, weil der Kartellvorsitzende bei Aufstellung der Vertreter betonte, daß man möglichst unabhängige Kollegen in den Vorstand der Kasse entsenden wolle. Die Begründung, daß unser Vorsitzender viel außerhalb und daß es noch ungewiß sei, ob er überhaupt in Worms bleibe, ist nicht stichhaltig, weil er durch seine Tätigkeit im Kartell bewiesen hat, daß er ihm überwiegende Aufgaben stets erledigt hat und daß ihm sein Auswärtssein daran nicht hinderte. Auch die Frage, ob unser Vorsitzender in Worms bleibe oder nicht, kann keine Rolle spielen, da ja für jeden Vertreter gleichzeitig Ersatzleute gewählt werden. Aus der Versammlung wurde die Bestätigung laut, daß wohl noch andere als sachliche Gründe die Triebfeder für solche Handlungsmotive abgegeben hätten. Wenn nun auch unser Vorsitzender als Vertreter mit auf die Liste genommen wurde, so wurde in der Versammlung verlangt, daß unsere Gewerkschaft prozentual ihrer Mitglieder auch im Vorstand der Kasse vertreten sein müsse.

Der Vertreter der Kommission erklärte, daß das nicht mehr möglich sei, weil in der letzten Kartellversammlung über die Liste schon abgestimmt sei und wir zwei Vertreter und drei Ersatzleute zugesprochen erhalten hätten. Die Versammlung gab sich schließlich damit zufrieden, erklärte aber, daß man in Zukunft derartigen Schiebungen energig entgegenzutreten werde.

Mit der Vorstandswahl hatte sich vorher bereits eine Vorstandsführung sowie eine solche der Vertrauensleute der Betriebe und unserer Filialen beschäftigt. Diese Sitzungen und dann auch die Versammlung ergaben, daß es einem in Worms in Arbeit stehenden Kollegen unmöglich ist, die Geschäfte der Zählstelle im Nebenamt zu führen. Dazu ist die Arbeit zu groß und hinzu kommt, daß ein in Arbeit stehender Kollege unmöglich den Interessen gegenüber der Zentrale der Kollegen energig wahrnehmen kann, er würde fortgesetzt auf dem Pflaster liegen. Deshalb ersuchte sich die Versammlung für notwendig, daß der Hauptvorstand sich mit den tatsächlichen Verhältnissen abfindet und für Worms einen Lokalbeamten anstellt. Die Kollegen versprachen, die Mehrheitsgaben durch eifrige Agitation bald wieder herinzubringen. Der Vorstand gab noch bekannt, daß sich ab 1. Oktober unser Bureau Schwebenstraße 6 befindet.

Rundschau.

Aus der Brauindustrie.

Die Brausteuer und ihre Erträge. Einer der einträglichsten Zweige der indirekten Besteuerung ist die Biersteuer. Sie brachte im Jahre 1911 im gesamten norddeutschen Zollgebiet 226,85 Millionen Mark ein. Auf den Kopf der Bevölkerung ergab sich eine Brausteuerquote von 3,60 Mk. Der hektoliter Bier wurde innerhalb des Zollgebietes mit 3,30 Mk. Steuern belegt. Seit dem Jahre 1907 entwickelten sich im Deutschen Reich die Biersteuererträge wie folgt:

Jahr	Brausteuer überhaupt	Brausteuer	
		auf den Kopf der Bevölkerung	auf 1 Hektoliter Bier
1907	121.653.000	1,95	1,69
1908	114.069.000	1,80	1,65
1909	154.489.000	2,40	2,32
1910	211.204.000	3,25	3,19
1911	236.846.000	3,60	3,30

Von dem Gesamttrag wurden 145.256.000 Mk. aus dem norddeutschen Brausteuergebiet vereinnahmt. Pro Hektoliter sind dies 3,21 Mk. und pro Kopf der Bevölkerung 2,79 Mk. Die höchsten Steuererträge erhebt Elbischloß-Köln, das den Hektoliter Bier im Jahre 1911 mit 4,26 Mk. Steuern belegte. Der Ertrag berechnete sich in diesem Landesteil auf 4,47 Mk. pro Kopf der Bevölkerung. Dagegen hat in Lande des Bierkonsums Bayern, wo der Hektoliter Bier nur mit 3,28 Mk. Steuern belastet ist, die Biersteuer einen Durchschnittsertrag von 8,04 Mk. pro Kopf der Bevölkerung abgemorfen. Auch in Württemberg, das vom Hektoliter Bier eine Steuerabgabe von 3,27 Mk. erhebt, stellt sich die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Quote recht hoch. Sie betrug hier im Jahre 1911 6,02 Mk.

Bayerischer Hopfen. Die Hopfenernte Bayerns stellt sich in diesem Jahre auf 66.583 Doppelzentner gegen 115.092 im Vorjahre. Die Befriedigung ist befriedigend. Der Durchschnittsertrag vom Hektar beläuft sich auf 3,8 gegen 6,5 Doppelzentner im Vorjahre.

Gewertigen Lantam schlägt anlässlich der Jahresabschlussfeier der Stadt Kassel die Hessische und Herkulische Brauerei in der aus diesem Anlaß herausgegebenen offiziellen Festchrift. Die Brauerei prunkt bei dieser Gelegenheit mit ihren Wohlfahrtsvereinigungen und Unterstützungsfonds, versichert aber wohlweislich, daß die Arbeiter dabei nicht mitzubestimmen haben, sondern auf die Gnade der Betriebsleitung angewiesen sind. Da solche Einrichtungen auf die Arbeiter konzipiert wirken sollen und auch tatsächlich wirken, kann man sie nicht als Wohlfahrtsvereinigungen bezeichnen. Mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit zu prüfen, hat die Betriebsleitung keine Ursache. Sehr oft

müßten die Arbeiter ihre tariflichen Rechte vor dem Schieds- resp. Gewerbegericht erheben. Letzteres bezüchelte das Verhalten der Betriebsleitung noch im Dezember 1912 in einem Falle als glatten Sachbruch. Ist es nicht ein Lohn, in der Festsetzung von Arbeiterunterstützungsfonds und Wohlfahrts-Einrichtungen zu reden, obwohl unter den 265 Personen, die in den Betrieben der Hessischen und Hertulesbrauerei (auf Grund der Hessischen) beschäftigt sind, es noch Arbeiter gibt mit 20 Mk. Wochenlohn und einer täglichen Beschäftigungszeit von 18 bis 24 Stunden? Die zum Teil den ganzen Sonntag angepöbelt sind und dafür keinen Pfennig bezahlt erhalten? In Bezahlung von Ueberstunden an den Wochentagen ist schon gar nicht zu denken.

Diesem unechten Zustand abzustellen wäre ehrenvoller für die Hessische und Hertulesbrauerei, als daß sie in der offiziellen Hessischen zur Kaiserlichen Kaiserin Johanna Wohlfahrts-Einrichtungen und Unterstützungsfonds redet.

Aus der Branntweinindustrie.

Die Spirituszentrale auf dem Vormarsch! Die Spirituszentrale begnügt sich nicht mit dem Spiritusmonopol, sie will die ganze Spiritusindustrie unter ihr Banner bringen! Gegen die habsche Gruppe, die der Simmer-Gesellschaft nahesteht, hat man nun ein Konkurrenzunternehmen gegründet; das Gründungskapital der Gesellschaft beträgt 300 000 Mk. An der Gesellschaft sind beteiligt: Dr. Krefz von der Spirituszentrale und Direktor Froschmader von den Vereinigten Nord- und Süddeutschen Spirituswerken mit je 100 000 Mk. Die restlichen 100 000 Mark verteilen sich auf die habsche Spiritusverwertungs-gesellschaft Regensburg, die Münchener Verwertungs-gesellschaft und die Würzburger Verwertungs-gesellschaft. Ferner sind noch Firmen in Baden, Hessen und Württemberg beteiligt. Man weiß, was hinter den Monopolbestrebungen steckt. Die Hauptmotive in der Spirituszentrale wittern ein Bombengeschäft — auf Kosten des Staates! Man rechnet mit der Verstaatlichung des Branntweinmonopols. Die Junker jagen nicht Phantomen nach, ihre Spekulationen laufen sich gewöhnlich auf sehr realen Untergrund auf. Wenn sie mit der Verstaatlichung rechnen, wird schon was dahinter stecken. Vielleicht kommt gar der kommende Gesetzentwurf aus der Spirituszentrale! Wenn verstaatlicht wird, muß der Staat die Privat-gesellschaften und Firmen entschädigen! Bei dieser Gelegenheit hofft man — selbst nach agrarischen Begriffen — tief in den Staatsfiskus greifen zu können! Deshalb will man alle Unternehmen in einer Hand vereinigen. Auf jeden Fall erlangt die Spirituszentrale mit der Aus-schaltung der Konkurrenz eine größere Macht über die Konsumenten, die sich in reichen Gewinnszenen für die Junker umsehen läßt. Die Wiedereinnahme infolge des Schnapsboykotts soll durch Anziehen der Preisbremse mehr als reichlich wieder hereingebracht werden. Ob's glückt?

Aus der Mühlenindustrie.

Die Generalversammlung des Vereins Deutscher Handelsmüller hat vom 18. bis 21. September in Breslau stattgefunden. Auch der Verband Deutscher Müller war zu dieser Tagung eingeladen und hatte neben seinem Vorsitzenden, Herrn Kommerzienrat Sauriedel-Münchberg, eine Anzahl Herren als Vertreter entsandt. Es vollzieht sich in der letzten Zeit eine Annäherung der beiden Verbände, was Herr Sauriedel fortgesetzte Vorwürfe der Kleinmüllerverbände Süds- und Westdeutschlands einträgt. Verhandelt wurde zunächst über Mehlausfuhr-fragen. Dabei wurde auf die Widerstände hingewiesen, die der deutsche Mehlausfuhr in der Schweiz, Holland, Norwegen und anderen Ländern bereitet werden. Ferner wurde Bestrebungen Russlands wolle durch hohe Einfuhrzölle die Einfuhr deutschen Mehles nach Finnland unterbinden. Die Großmüller erwarten von der Reichsregierung, daß sie die Einführung eines Mehlszölles in Finnland auf diplomatischem Wege verhindere.

Zu Anschließende daran wurde das Einfuhrzöllein-schiffen besprochen, Beschlüsse aber nicht gefaßt, so daß es fast den Anschein gewinnt, als ob die Meinungen über dieses der Müllerei und dem Volke schädliche System in Handelsmüllereifreien geteilt seien.

Herr Matti, der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Handelsmüller berichtet über die Vertragsver-hältnisse beim Einkauf ausländischen Ge-reides. Unter seiner Führung sind auf diesem Gebiete gegenüber den argentinischen Ubladen schon einige Ver-besserungen erreicht worden. Jetzt wollen die Großmüller gegen die russischen Ubladen am Schwarzem Meer Front machen, die noch oft glauben, für gutes deutsches Geld Dreck und Unkraut samen anstatt Getreide liefern zu können.

Einen breiten Raum der Verhandlungen nahm die Frage über den Nutzen der Selbsthilfe in der Müllerei ein. Die Erfahrungen, welche die „Süd-deutsche Mühlenvereinsung“ auf diesem Gebiete gemacht hat, wurden eingehend geschildert und den Müllern empfan-ten, in ähnlicher Weise auch in anderen Gebieten Deutsch-lands vorzugehen.

Der Vortrag über die Arbeiterfrage, den Herr Matti halten sollte, wurde der vorgerückten Zeit halber von der Tagesordnung abgesetzt, so daß wir leider nicht er-fahren können, ob die Herren Großmüller noch immer den Standpunkt einnehmen, daß sie mit der Arbeiterorganisa-tion die Arbeitsverhältnisse nicht tariflich regeln, mit ihr überhaupt nicht verhandeln wollen. Was von weiterer Seite dazu zu sagen ist, haben wir bereits in Nr. 37 gesagt.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die erste Konferenz der Internationalen Berufssekretäre fand in Zürich am 19. September, gleich nach Schluß der Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes, statt. In der Konferenz nahmen teil: A. Kollmer-Verlin für das internationale Sekretariat der Arbeiter-öffentlicher Betriebe (rund 100 000 Mitglieder), E. Almann-Hamburg für die Internationale der Väter (67 000), Dr. Baerlow-Hamburg für die Bauarbeiter (455 000), Otto Due-Flora und Smilke-England für die Bergarbeiter (1 255 000), H. G. Heilmann für die Franzosenarbeiter (131 000), E. Kollmer-Verlin für die Buchbinder (50 000), Dr. Baerlow-Hamburg für die Buchdrucker (140 000), Dr. Eptorn-Berlin für die Friseurgehilfen (4500), E. Gierke-Berlin für die

Glasarbeiter (43 000), Th. Weitzel-Berlin für die Holz-arbeiter (850 000), A. Meißner-Altenburg für die Gu-terarbeiter (30 000), G. Bollmann-Charlottenburg für die keramischen Arbeiter (30 000), J. Jansen-Amsterdam für die Handlungsgeschäfte (65 000), D. Sillker-Berlin für die Lithographen (24 000), A. Lohler-Hamburg für die Maler (72 642), A. Schlichte-Suttgart für die Metallarbeiter (über 1 Million), Dr. Sassenbach-Berlin für die Sattler (18 000), Dr. Simon-Münchberg für die Schuhmacher (104 000), H. Kollmer-Verlin für die Steinsetzer (75 000), A. Kroll-Berlin für die Steinsetzer (13 000), Th. Shaw-Manchester für die Textilarbeiter (553 000), Reichmann-Bremen für die Tabakarbeiter (62 000), Dr. Jochims-Berlin für die Trans-portarbeiter (860 000), A. Demmel-Berlin für die Wäpfer (17 000), Dr. Schröder-Hamburg für die Zimmerer (65 000). Insgesamt sind 5,6 Millionen den Berufsinternationalen angehörende Arbeiter vertreten. Nur die internationalen Sekretariate der Diamantarbeiter, Fleischer, Gastwirt-gehilfen, Kürschner und Schneider sind nicht vertreten. Da-gegen nehmen die Vertreter der Landeszentralen an der Konferenz als Gäste teil. Nachdem Legien, der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die Konferenz eröffnet hat, wird Schlichte (Metallarbeiter) zum Ver-handlungsleiter bestimmt.

Auf der Tagesordnung der Konferenz stehen nur noch die Punkte: Vereinheitlichung der Berichts-erstattung und Vereinheitlichung der interna-tionalen Gewerkschaftsstatistik, da der weiter vorgezeichnete Punkt betr. den Anschluß an die Berufs-sekretariate schon durch die vorhergehende Konferenz der Landeszentralen erledigt worden war.

Nach einem einleitenden Referat von Baumgarten (Internationales Sekretariat) wird von allen Seiten die Notwendigkeit einer besseren Berichterstattung betont und eine Reihe wertvoller Anregungen gegeben. Von den Berg-arbeitern wird besonders eine regelmäßige Berichterstat-tung über den Stand des Arbeitsmarktes in allen Ländern gefordert. Eine längere Debatte entspinnt sich über ein einheitliches Formular, das eine einheitliche Statistik aller Berufe ermöglichen soll. Die meisten Redner sind der Meinung, daß das vorgelegte Formular, das schon in der Transportarbeiter-Internationale Verwendung findet, gar zu umfangreich sei. Man einigt sich schließlich dahin, eine nationale Kommission, bestehend aus den Herren Jochims, Leipzig und Sassenbach-Berlin, zu beauftragen, in Verbin-dung mit dem Internationalen Bureau ein einheitliches Formular für alle Berufssekretariate herzustellen. Schlichte stellt dann fest, daß in Anbetracht des Interesses, den eine gemeinsame Arbeit der Landeszentralen mit den interna-tionalen Berufssekretariaten bringen muß, die Berufs-sekretariate wünschen, auch zu den zukünftigen Konferenzen der Landeszentralen eingeladen zu werden. Zwar sei der Besuch der Konferenz in San Francisco mit großen Schwierigkeiten verbunden, doch hoffe er, daß auch diese überwunden werden können. Nach einer ansehnlichen Schlußrede des Vorsitzenden wurde die Konferenz geschlossen.

In Fulda ist es den organisierten Arbeitern nach langjährigem Bemühen gelungen, ein eigenes Heim zu er-zichten. Reisende Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht. Die Adresse lautet: Gewerkschaftshaus „Zur Erholung“, Florengasse 18.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Der wahre Charakter der „Deutschnationalen“. Das bekannte Scharfmaßergesetz, „Die Post“, veröffent-lichte dieser Tage die ersten Jahresberichte der vier Pro-vinzial-Versicherungsanstalten für Schlesien, Posen, Westpreußen und Pommern. Alle vier Anstalten haben den Lebenszweck, dadurch der agrarischen Propaganda zu dienen, daß sie zur Befriedigung des Realcredits innerhalb der Provinz beitragen und dem heimischen Grundbesitz Kapitalien beschaffen. In dem weitestgehenden Bericht wird gesagt: „Ein wesentliches Moment für die Gründung der Anstalt war die Absicht, die in der Provinz in der Lebensversicherung aufkommenden Kapitalien dem heimischen Wirtschaftslieben zu erhalten.“

Um möglichst alle Versicherungsgelder für die Agrarier flüssig zu machen, wollen alle diese Gesellschaften auch die Volksversicherung pflegen und der Volksfürsorge ihre Ge-biete erschließen. Alle vier Gesellschaften haben von ihrem jeweiligen Provinziallandtage je 50 000 Mk. zur Be-kämpfung der Volksfürsorge erhalten. Im pommerschen Bericht heißt es darüber wörtlich:

„Die, wie bekannt, zur Abwehr der sozial-demokratischen Volksfürsorge eingeführte Neueinrichtung der Volksversicherung, zu deren Organi-sation der 40. Provinziallandtag von Pommern einen Zuschuß von 50 000 Mk. unter Verzicht auf Rückertattung bewilligt hat, wird überall in der Provinz Pommern als eine notwendige und segensreiche Maßnahme empfunden.“

So arbeiten die Agrarier mit Steuermitteln gegen die Volksfürsorge, um das Geld der Versicherten den agrarischen Interessen dienlich zu machen.

Wenn die arbeitenden Volksschichten mit derselben Energie für die ihnen allein dienende Volksfürsorge arbeiten und alle ihre Versicherungen bei ihr abschließen, müssen die agrarischen Stämme jeder nicht in den Himmel.

Volkswirtschaftliches, Soziales.

Wie werden sie wieder mit den Millionen raffen, die Unternehmer und ihre Präfixanten, wenn die Witwen- und Waisenversicherung einige Jahrzehnte in Wirklichkeit sein wird. Wie wird dann, gestützt auf Millionen, den indifferenteren Arbeitern das Wohlgefühl über die soziale Fürsorge der Unternehmer und des Staates in allen Lagen vorgetragen werden. Wie unzulänglich in Wirklichkeit die Witwen- und Waisenversicherung ist, darüber enthält der Geschäftsbericht der Pommerschen Landesversicherungsanstalt für 1912 ein interessantes Gesandnis. Es ist da wörtlich zu lesen:

„Daß die Witwenrenten mit 70 Mk. und die Waisenrenten mit 31 Mk. zu niedrig gesteuert sind, ist allerorts anerkannt. Daß die Arbeiter durch eine Volks-versicherung hier eingetritt, kann nicht übersehen. Es wird wohl zu erwägen sein, ob die vorerwähnten großen

Mittel der Reichsversicherung die Verbesserung der Hinterbliebenenversicherung nicht gestatten.“

Das haben sich die bürgerlichen Vorredner unserer Reichsversicherung wohl kaum träumen lassen, daß ihrem Werk schon nach so kurzer Zeit ein so vernichtendes Urteil aus herrenlichem Munde gesprochen wird. Mit diesem Urteil findet die an der Hinterbliebenenversicherung von der organisierten Arbeiterschaft geübte Kritik ihre Bestätigung.

Soziale Rechtspflege.

Der Betriebsunfall als freudiges Ereignis. Die Rentenquersche führt zu immer neuen erstaunlichen Rezel-taten. Müßten wir schon früher als Begründung von Rentenentziehungen hören, daß man sich an den Verlust seiner Beine, an völlige Erblindung usw. „gewöhnen“ könne, so ist jetzt eine solche Berufsgegenwärtigkeit noch einen Schritt weiter gegangen: nach ihrer Ansicht ist ein Betriebsunfall sogar ein freudiges Ereignis, es muß als hervorragendes glückliche Wirkung angesehen werden, wenn es dazu führt, einen Kranken Menschen möglichst ins bessere Jenseits zu befördern, und die Hinterbliebenen dieses Menschen sollten Gott danken, daß es so gekommen ist, damit die Berufsgegenwärtigkeit mit Erleichterung zu beschäftigen. Der Fall, um den es sich dabei handelt, liegt folgendermaßen:

Die Frau des Landwirts Jücker aus Oberhavelthum starb am 20. November 1912 an Brustkrebs gestorben. Sie hatte am 3. Juli 1912 beim Viehhütten einen Sturz gegen die linke Brust erhalten, und zwar gerade an der Stelle, an der sich der Krebs entwickelte. Der Chemiker behauptet nun, der Sturz sei die Veranlassung zu der Beschädigung gewesen, es liege also ein Betriebsunfall vor. Er forderte von der Landwirtschaftlichen Berufsgegenwärtigkeit die Vollrente vom Beginn der 14. Woche bis zum Todesstage und Hinterbliebenenrente für seinen nächstjüngeren Sohn, außerdem Sterbegeld. Der Vorstand fand und fiel mit der allein stützigen Frage, ob das Krebsleiden in ursächlichem Zusammenhang mit dem Sturz gegen die Brust gestanden habe. Der von der Berufsgegenwärtigkeit geborene medi-zinische Gutachter gab sein Urteil dahin ab, es lasse sich mit überwiegender Wahrscheinlichkeit sagen, daß die Krebs-gehwalt keine Unfallfolge war. Dagegen sei die Frage, ob der Sturz eine Beschleunigung bzw. Verschleppung des schon vor dem Unfall vorhandenen Krebslebens zur Folge gehabt habe mit großer Wahrscheinlichkeit zu bejahen. Doch würde die Frau ohne den Sturz voraussichtlich auch nur wenige Monate länger gelebt haben, weil die natürliche Fortentwicklung der Krebsgehwalt ohnehin zum baldigen Tode geführt haben würde. Aus diesem Grunde wolle der Sachverständige eine Entschädigungspflicht der Berufs-gegenwärtigkeit nicht anerkennen. Zwei andere Gutachter waren ebenfalls der Ansicht, daß der Sturz gegen die Brust ein späteres Ausbrechen der Krebsgehwalt herbeigeführt habe. Die Berufsgegenwärtigkeit lehnt die Gemäch-erung jeder Entschädigung ab und verweigert sich zu der Behauptung, der Sturz habe in gewisser Beziehung sogar günstig gewirkt, indem er das Leiden beschleunigte, wodurch der Angehörigen der Versicherten bedeutende Kosten erspart geblieben seien. (1)

Das Oberverwaltungsamt sollte vernünftigerweise diesen Standpunkt nicht. Es veranlaßte die Berufs-gegenwärtigkeit antwortgemäß und führte begründend an, dem Kapitalisten Gutachten inwieweit nicht folgen zu können, als darin gesagt werde, die Frau würde ohne den Sturz auch nur wenige Monate länger gelebt haben. Das sei lediglich eine Vermutung, auf die nicht gegeben werden könne. In wieviel Fällen der Tod wenige des Sturzes eingetreten sei, ob Sturz um einige Monate aber aber um Jahre, könne keiner der Ärzte mit Bestimmtheit sagen. Selbst wenn aber nur eine Verzögerung des Lebens um wenige Monate durch einen Betriebsunfall in Frage komme, sei dies von so erheblicher wirtschaftlicher Bedeu-tung, daß in diesem Falle eine Entschädigungspflicht der Berufsgegenwärtigkeit anerkannt werden müsse.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbandszeitung“: Berlin D. 27, Schillerstraße 61 A, Fernsprecher: Amt Köpenick 22.

Diese Woche ist der 41. Jahrgangstag vollig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Unser Notizkalender für 1914

gelangt dieser Tage zum Versand. In erster Linie bringt er neuer alle für die Arbeiter wichtigen Bestimmungen über die neue Reichsversicherungsordnung. Ferner bringt der Kalender eine Zusammenstellung über die Entwöhnung, Arbeit und Erträge unseres Verbandes im Jahre 1912. Er berichtet über den Stand der Kassenfrage für unsere Mit-glieder, bringt eine Übersicht über die Arbeitszeit unter 10 Stunden, die Absichten der Regierg, Zählstellen. Der neue Kalender behandelt des Inhalts Dr. Wollf neues „Rohrhandbuch für Brauereiarbeiter“, bringt Uebersicht über die Löhne in den ungeren Verbände angehörenden Betriebe, über Verproduktion, Anstalt, Erwerb und Ver-bruch. Außerdem enthält der neue Kalender wertvolles statistisches Material, unter anderem über die Unfälle, Gewerkschaften 1912. Die gemerkschaftlichen Organisationen und unter Verhältnis zu ihnen werden behandelt. Das Wid-ichtige über die letzten Reichstagsarbeiten hat ebenfalls An-nahme gefunden und vieles andere mehr, so daß der herrige Kalender eine Fundgrube des Wissens für unsere Kollegen bildet.

Den Klagen aus Kollegenkreisen, daß der bisherige Preis von 50 Pf. „ungründes Geld“ sei, hat der Haupt-Verband Stellung genommen; der neue Kalender kostet trotz seines gebiegenderen Inhalts und trotz der vorzüglichen Aus-stattung nur 50 Pf. Wir eruchen um schickliche Be-zahlung seitens der Zählstellen.

Leitungsamt gewählt!

Für die Zählstelle König-Wiesbaden wird zum nächstjährigen Amt ein Leitungsamt gewählt. Kollegen, welche sich um diesen Posten bewerben wollen, müssen mindestens 3 Jahre Mitglied unseres Verbandes

Die heutige Ausgabe in Wort und Schrift behauptet, dass die Verhandlungen gescheitert seien, die an einem...

Schönfährige Demonstrationen sind bis zum 15. Oktober...

Die Verhandlungen über die Einigung der Arbeiter und Arbeitgeber...

M. Unger, Paltowitz, Dresden, 24.

Gelehrte Mitglieder.

Die Enquete hat an die Gemeindeführer laut Einmütigkeit...

Prof. Dr. Friedrich Heiler, 32 Jahre (60 W.); Prof. Dr....

Prof. Dr. Johannes Schöndel, an die Mitglieder beim Ende...

Prof. Dr. Johannes Schöndel, an die Mitglieder beim Ende...

Prof. Dr. Johannes Schöndel, an die Mitglieder beim Ende...

Gedichte der Gewerkschaft

von 2. September bis 2. Oktober.

Einzelabon. 1,20; Ehrenab. 2,40; Rückzahl. 3,-; Dresden...

Die Verhandlung für das 3. Quartal haben eingeleitet...

Notizen

Am 10. 10. 1913 wurden a 50 Pf. 100000; am 11. 10. 1913...

Wien 2000 Mark a 50 Pf. St. Ludwig 400 Mark a 50 Pf....

Aus den Bezirken und Zirkeln.

Halle a. Saale. Sozialbeamter: Fritz Enoch; Bureau: Holz 4-13...

Versammlungsanzeigen.

Freitag, den 18. Oktober. Gera. 6 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“; Chemnitz, den 11. Oktober...

Geldspendensammlungen

Unterstützung erhalten von 7. Sept. bis 1. Oktober 1913. Dresden 100 W., Leipzig...

Am 1. Oktober wird folgende Liste veröffentlicht werden: Johann Dreyer, Johann Dreyer...

Inneren Kollegen sind Kostentilgung nicht zum Zweck der Gewerkschaft...

Bräuer Deutschlands!

Prima Biersorte mit 1000 Liter 8.50, Seite 1.50, Jodiert mit 1000 Liter 16.50...

Reparaturarbeiten

Wichtige und beste mit Spezialwerkzeugen...

Braulehranstalt

Fachausbildung i. prakt. und wissensch. Anstalt im Brauereiwesen...

Greifswald. 5 Uhr: „Volkshaus“; Göttingen. 3 Uhr: bei Ewinski, Theaterstraße; Dingolfing u. Lang. Vorm. 10 Uhr: „Girshentwirt“...

40 Pragnis-Strümpfe

Die beste Bezugsquelle für mittlere Klassen und eine große Auswahl...

„Rekorde“ Ideal-Brauer-Fußschuhe mit ein. einig. Schuh, geknüttelt, absolut wasserdicht...

Stoffe direkt an Private

zu Neuzug. Polster, Seiden, Stoffe des Preises in vormaliger Ausdehnung...

Neu verbessertes Modell 1913 mit geschloss. Lasche per Paar 4 Mk. bei 2 Paar 1/2, 3 Paar franco Inland.

Georg Herr, Holzschuhfabrik, Frankfurt a. M. Neue Preisliste gratis. Gegründet 1851.